

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Vollbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. August 1919

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltene Zeile; Anruf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenebenlagen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 94

Am Scheideweg?

Mit höchster Spannung und Erwartung blicken die deutschen Buchdrucker dem Ausgang der bevorstehenden Verhandlungen des Tarifausschusses entgegen. Für jeden klar lebenden Kollegen handelt es sich hier um Entschiedenheit, die weit tiefer als das banale „Sein oder Nichtsein“ die Gemüter erfaßt und beeinflusst.

Wohl handelt es sich auch diesmal noch um keine Tarifrevision im landläufigen Sinne des Wortes. Dennoch dreht es sich sehr um etwas, was noch weit schwerer wiegt. Und zwar um eine Revision des geistigen und sittlichen Gehalts dessen, was als Kern aller materiellen Verpflichtungen und Berechtigungen auf sozialem Gebiet im deutschen Buchdruckgewerbe für die Zukunft „als gerecht und billig anzusehen und Rechtens sein soll“.

Bezüglich einer Lösung der materiellen Fragen kann es sich die Gehilfenschaft weder um den Abbau noch weitere Nivellierung geben, sondern nur eine erneute Anpassung an die abermals verstärkte Steuerungs, unter besonderer Berücksichtigung der Abwehr einer noch weiterschreitenden Verschuldung und Vereinfachung der Gehilfenschaft. Die Gehilfenvertreter haben in dieser Hinsicht ihre ganze Kraft einzusetzen. Hinter ihnen steht ehrliches Vertrauen und eine durch die Not der Zeit hart gekämpfte Entschlossenheit der Gehilfenschaft in allen Ecken Deutschlands. Eine etwaige Spekulation der Prinzipalität auf Einzelabmachungen, Sondervereinbarungen oder gar ernsthafte Dezentralisation der Gehilfenschaft unter frevelhafter Ausnutzung der politischen Ohnmacht des deutschen Vaterlandes dürfte sich als Tragisch erweisen, aus dem wahrhaftig diesmal sogar besondere „Kontributionen“ für solche unmoralische Berechnungen erwachsen dürften. Die Stimmung in der Gehilfenschaft wegen derartiger Vorkommnisse in der letzten Zeit, ist bis zur Entscheidung gestiegen. Wir warnen daher!

Welchere Worte darüber zu verlieren hat vorläufig an dieser Stelle keinen Zweck mehr. Die tatsächliche Entscheidung über diese rein materiellen Fragen liegt auch nicht mehr bei der Gehilfenschaft, sondern nur noch bei der Prinzipalität. In weit höherem Maße als die Prinzipalität die Erhaltung, Leistungsfähigkeit und Fortentwicklung der beruflichen Arbeitskräfte bisher gewährleistet hat, hat die Gehilfenschaft dem Gewerbe ihre geistige und körperliche Arbeitskraft zur Verfügung gestellt. Glaubt die Prinzipalität trotzdem noch, sich stark und mächtig für eine weitere Ausprellung der Gehilfenschaft machen zu müssen, so mag sie es wagen. Die Verantwortung fällt auf ihre Schultern!

In operativer Organisations- und beruflicher Fortbildungsarbeit wie keine andere deutsche Arbeitergruppe hat die Gehilfenschaft des deutschen Buchdruckgewerbes kein Mittel unversucht gelassen, ihre Arbeitskraft und Leistungsfähigkeit zu schulen und in vorbildlicher Weise in den Dienst des Gewerbes zu stellen. Wo ist eine Arbeitergruppe, die in derart umfassender und gründlicher Weise die berufliche Fortbildung pflegt wie die deutschen Buchdrucker? Und was verlangt die Gehilfenschaft dafür als Gegenleistung? Nichts anderes, als daß sie auch in der jetzigen schweren Zeit nicht schlechter gestellt sein soll als die übrige Arbeiterschaft Deutschlands!

Nach wie vor ist die Gehilfenschaft gewillt und entschlossen, jede weitere, durch die Zeitverhältnisse bedingte höhere Bemessung der Steuerungsfragen auch für ihren Teil durch erhöhte Arbeitsleistung auszugleichen, wenn ihr dazu in demokratischer, dem Geiste der neuen Zeit entsprechender Weise die Möglichkeit gegeben wird. Diese Möglichkeit besteht aber nur darin, daß die Prinzipalität neben der Gewährleistung einer erträglichen materiellen Existenz für die Gehilfenschaft auch einem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Gehilfenschaft in allen Fragen des Arbeitsprozesses die Bahn frei macht. Das frühere und bisherige einseitige Zwangsverhältnis im Arbeitsvertrag muß in Wort und Tat einer persönlich und sittlich gleichberechtigten Mitarbeit und Zusammenarbeit weichen!

Wenn uns alle nur die selbstige Arbeit aus dem heutigen Zustande des gewerblichen und wirtschaftlichen Lebens erstellen kann, wie es zum Schluß des offiziellen Berichts über das Ergebnis der Beratungen der Sonderkommission des Tarifausschusses in Nr. 91 an dieser Stelle heißt, so handelt es sich um eine Wahrheit, die auch von der Gehilfenschaft anerkannt wird. Aber gerade die zur alleinigen Erstellung aus dem heutigen Zustande des gewerblichen und wirtschaftlichen Lebens erforderliche selbstige Arbeit ist etwas, das nicht erzwungen, sondern nur errungen werden kann. Erzwungene Arbeit ist niemals selbstige Arbeit, sondern nur eine Betätigung der menschlichen Arbeitskraft unter Zwang und kontrollierender Aufsicht und Kontrolle. Die Kosten dieser Art „selbstiger“ Arbeit sind wesentlich höher als die der freiwilligen, mit Lust und Liebe, aus eigener Freude an der Arbeit hervorbringende Leistung. Das ganze privatkapitalistische Arbeitsproblem ist an dieser Zwangswirtschaft wie an einer Vergiftung der Seele der menschlichen Arbeit erkrankt und dem dauernden Gleichnis bis zur endgültigen Vernichtung auch in unserm Gewerbe überliefert, wenn die Prinzipalität nicht einsehen kann und will, daß die Forderungen der Gehilfenschaft auf ein demokratisches, gleichberechtigtes Mitbestimmungsrecht im gesamten Arbeitsprozess berechtigt und anzuerkennen sind.

Gefallen und zerstückelt ist die alte Gewalt herrschaft der früheren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Ihre willkürliche Mißachtung, Fesselung und einseitige Bevormundung der geistigen und körperlichen menschlichen Arbeitskraft war der Pfeil, der auf den Schützen selbst, zurückprallte. Die Erkenntnis der menschlichen Freiheit und Gleichberechtigung hat alle künstlichen Nebel über dem Feld der menschlichen Arbeit zerstreut als des Weltkriegs einzige und internationale Errungenschaft. Ohne Soldaten keine Feldherren, ohne Knechte keine Herren und ohne Arbeiter keine Unternehmer, keine Produktion, kein Kapital und kein Profit. Der Arbeiter ist ein Mensch wie jeder andere. Von Geburt aus ist seine Lage abhängig von andern; die Lage dieser andern aber auch von ihm! Die „bewährte Wirtschaftsordnung“, der Weltkrieg, die Revolution haben in sich natürlich ergänzender Reihenfolge diesen Schleier gelüftet und den Geist der neuen Zeit geboren. In ihm lebt der Arbeiter der Gegenwart und mit ihm auch der Buchdrucker. Sein Beruf, mehr geistig als körperlich, läßt ihn klarer und klarer als viele andere erkennen, daß nur die selbstige Arbeit die Menschheit wieder hochbringen kann, nachdem die Strömung der verfallenen Wirtschaftsordnung in jahrelangem Norden und Zerschören aller Kultur- und Wirtschaftswerte, die Früchte der menschlichen geistigen und körperlichen Arbeit von vielen Jahrzehnten, ja Jahrhunderten fast bis auf den letzten Rest vernichtet hat. Der Arbeiter der neuen Zeit hat aber auch erkannt, daß Arbeit die Quelle alles Wohlstandes auf die Dauer nur dann sein kann, wenn sie nicht mehr gleichzeitig die Quelle neuer Knechtschaft der Menschen ist; weil eben nur Knechtschaft der böllische Funken war, aus dem der hinter uns liegende und teils noch um uns zuckende Weltbrand allein auflodern konnte.

In dieser Erkenntnis hat die Gehilfenschaft des deutschen Buchdruckgewerbes in Wirklichkeit lebendiger Anteil, als die Prinzipalität nur ahnt. Denn gerade die geistige und gewerkschaftliche Schulung läßt uns klarer und allgemeiner. Sie spielt daher auch nicht mit der Taktik der Strafe, sondern rechnet mit der Anwendung der besten und sichersten Werkzeuge und Arbeitsmethoden in ganz anderer Weise, als dies z. B. im parteipolitischen Gezänk und in uferlosen Theorien an der Tagesordnung ist. Sie ist sich ihrer Kraft wie auch ihrer Schwäche wohl bewußt.

Offen und ehrlich werden daher bei der bevorstehenden Tarifausschubung die Vertreter der Gehilfenschaft die Forderung erheben und vertreten, daß die Anpassung der Tarifgemeinschaft an die veränderte Wirtschaftsordnung in der Weise erfolge, daß durch die Tarifgemeinschaft erst eine andre und bessere Wirtschaftsordnung im Buchdruckgewerbe Platz greift. Mögen die Vertreter der

Prinzipale sich immerhin mit ausschließender Berechnung z. B. in dieser Frage hinter das in Aussicht gestellte Betriebsrätegesetz verdecken. Die Gehilfenschaft wird sich trotzdem nicht von der Überzeugung abbringen lassen, daß das, was sie in dieser Hinsicht fordert, eine stärkere Bindung der Arbeitsfreudigkeit bedeutet als alle von oben aufgesetzungen Gehe. Das frei und selbst errungene Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozess des Buchdruckgewerbes ist für die Gehilfenschaft mehr wert und fruchtbringender für die Arbeitsfreudigkeit als jedes automatische Nachhinken hinter der ökonomisch-rechtlichen Gehegebung. An der Prinzipalität wird es daher auch in diesem Falle liegen, wenn Leistung und Gegenleistung aus einer automatischen Zwangslage nicht heraus und in keine freiere, auf der die Gehilfenschaft ihre besten Kräfte und die selbstige Arbeit zur Entfaltung bringen kann, gelangen können. Die Gehilfenschaft will praktische Gegenwartsarbeit leisten. Sie will mit ihrer ganzen Kraft, mit ganzer Abgabe an ihren Beruf dem Buchdruckgewerbe dienen, aber in freier, dem Geiste der neuen Zeit entsprechender Weise. Dazu bedarf es erst eines Betriebsrätegesetzes, von außen, wenn die Prinzipalität darauf verzichtet, in freier Vereinbarung gemeinschaftlich mit den Vertretern der Gehilfenschaft die neue gewerbliche Ordnung zu fundieren. Alle bis jetzt bekannt gewordenen Entwürfe des neuen Gesetzes für Betriebsräte lassen die Möglichkeit solcher selbständiger tariflicher Vereinbarungen offen. Es kommt also nur auf den guten Willen und das soziale Verständnis an, zu dem sich die Prinzipalität des Buchdruckgewerbes aufzuschwingen vermag. Das bisher bekundete reicht dazu allerdings nicht aus. Es bedarf dazu eines noch viel kräftigeren Ruckes nach links.

Und damit sind wir auch im Buchdruckgewerbe in den gegenseitigen Beziehungen zwischen Arbeiter und Unternehmer an einem Scheideweg angelangt. Denn für die Gehilfenschaft gibt es nicht nur die Notwendigkeit einer Anpassung ihres Einkommens an die wiederum wesentlich erschwerte Lebenshaltung, sondern auch die Forderung einer Anpassung der technischen wie sozialen Arbeitsordnung im Gewerbe an den veränderten demokratischen Zeitgeist. Die Gehilfenschaft will nicht nur drittig leben, um fleißig zu arbeiten, sondern sie will fleißig arbeiten, um besser leben zu können. Und dieser Wille zur fleißigen Arbeit steigt und fällt mit der dadurch gewonnenen Möglichkeit zum Leben. Bewegt sich die Existenzmöglichkeit als Arbeitsertrag nur auf dem Niveau eines Lebens „voller Sorgen, so kann auch die berufliche Leistungsfähigkeit nur eine entsprechend bescheidene sein. Kommt dazu noch eine feilsche Stimmung der Arbeitsenergie durch das Gefühl sozialer Unterdrückung und Ungerechtigkeit, so kann auf solchem Boden überhaupt keine erprobliche Arbeit geschehen. Die Gehilfenschaft will aber durch Schaffung demokratischer Mitbestimmung im Arbeitsprozess die Freude zur Arbeit gewinnen, und auf diesem Boden dann die Voraussetzungen für eine größere Ertragsfähigkeit der menschlichen Arbeit auch im Buchdruckgewerbe schaffen. Das bisherige Arbeitssystem kannte keine Freude zur Arbeit in den Betrieben, sondern nur Zwang unter persönlicher oder mechanischer Aufsicht. Die Früchte der Arbeit konnten daher auch nicht besser sein; sie wüchsen verfallend und irreführend für die gesamte Volkswirtschaft, deren Verfall wir gegenwärtig mit erleben.

Die Prinzipale hängen leider noch mit allen Fasern an dieser alten für die Arbeiter zwangsläufigen Wirtschaftsordnung. Für sie als Unternehmer war diese Wirtschaftsordnung allerdings eine freiere, und daher für sie erfreulichere. Sie war aber nur unter der Gewalt herrschaft privatkapitalistischer Herrschaften und feudaler Ständehalter aufrechterhalten. Jetzt aber, nachdem diese Herrschaft die Bühnen Europas in eine wirtschaftliche und moralische Sinnflut gestürzt hat, sollte es im Ernste doch keinem vernünftigen Menschen mehr einfallen, dieses zusammengebrochene System noch einmal neu aufzurichten zu wollen. Ein solches Scheitern machen die Arbeiter, und damit auch die Buchdruckergehilfen, einfach nicht mehr mit. Und wenn sich die Prinzipale angeht dieser geistigen Wirtschafts-

meide nicht von den Schlachten ihres rücksichtlosen „sozialen Verstandnisses“ frei machen, wenn sie nicht einsehen können, daß selbstige Arbeit, die uns a' e' effizienter reifen kann, nur auf dem Boden gleichberechtigter Zusammenarbeit und nicht unter autoritären Herrschaft, alle gebelhen kann, dann gibt es keine Rettung mehr; dann müssen sich die Wege trennen. Ein Driftes gibt es nicht mehr!

Vergangenheit und Gegenwart lassen zu schwer auf der Gehirnschale, um sie nicht zur Eringung höherer Leben- und Arbeitsverhältnisse nach das Beste einzulassen zu lassen. Die Gehirnschale bietet für eine gleichberechtigte Zusammenarbeit und ausschüttliche Erziehung ihre ganze Kraft. In diesem Sinne hat sie nichts zu verlieren als Nerven. Sie wird diese Stellen sprengen, wenn sie von den Prinzipalen nicht selbst noch zur rechten Zeit in vernünftiger, zeltgemäßer Einsicht und moralischer Selbstüberwindung zum alten Eisen geworfen werden!

Stand und Ausfichten der Lebenshaltung

Die Prinzipale drängen in kurzweiliger Selbsttäufung auf Abbau der Löhne. Sie wollen die künftigen Die Gehirnschale steht diesem Verhalten mit direkt entgegen- gesetzten Forderungen gegenüber. Die Gehirnschale will Aufbau und nicht Abbau der Lebenshaltung. Jede Forderung gibt es hier zu bestimmen, und zwar durch Selbst- leistung, was ist, und was für die nächste Zeit auf dem Gebiete der Lebenshaltung zu erwarten steht.

Geben wir uns zunächst die Entwicklung der Ernährungslohn in der ersten Hälfte des laufenden Jahres etwas näher an. Da ergibt sich nun an Hand der Calwerischen „Monatlichen Überlichten über Lebensmittelpreise“, daß die Preissteigerung immer höher und sprunghafter zutage tritt. Seit dem Jahre 1914 haben sich die Preise für die wöchentlichen Lebensmittel einer vierköpfigen Familie für die ersten sechs Monate jedes Jahres in folgender Weise entwickelt:

	1914	1915	1916	1917	1918	1919
Januar . . .	25,57	29,65	41,26	53,07	56,57	63,65 Mh.
Februar . . .	25,29	31,49	43,40	54,15	56,47	64,93 "
März . . .	25,08	32,90	48,47	61,69	57,00	67,30 "
April . . .	24,96	34,41	51,78	61,81	57,13	69,65 "
Mai . . .	24,70	36,49	52,29	64,58	57,30	73,70 "
Juni . . .	24,73	37,36	52,61	61,34	57,60	78,65 "
Halbjahresdurchschnittsteigerung seit 1914 in Proz.	—	34,57	92,81	117,04	127,55	178,04

Die Steigerung der Lebensmittelpreise in neuester Zeit tritt jedoch noch deutlicher hervor, wenn wir den letzten von der Statistik erfassten Monate, und zwar den Juni, allein ins Auge fassen; da ergeben sich folgende Wochenziffern:

	1914	1915	1916	1917	1918	1919
pro Familie	24,73	37,36	52,61	64,34	57,60	78,65 Mh.
pro Kopf . . .	6,18	9,34	13,15	13,59	14,10	19,68 "
Steigerung seit 1914	—	51,07	112,74	119,73	132,91	218,03 Proz.

Also um 218 Proz. hat sich im Juni d. J. der Preis für die Lebensmittel einer vierköpfigen Familie gegenüber den Preisen des gleichen Monats im Jahre 1914, also kurz vor Kriegsbeginn, gesteigert. Innerhalb des laufenden Jahres liegen die entsprechenden Wochenziffern von 63,65 auf 78,65 Mh., also um rund 15 Mh. oder um 23,57 Proz.; während sich a. B. der Lohn eines Buchdruckers in einer Stadt mit 25 Proz. Lokalzuschlag in Klasse C für Verheiratete in der gleichen Zeit im günstigsten Falle ebenfalls nur um 24 Proz. erhöhte, und trotzdem mit nicht ganz 200 Proz. Feuerzusatzenerhöhung gegenüber dem Stande von 1914 um 18 Proz. hinter der Preissteigerung für Lebensmittel im Juni d. J. zurückblieb. Dazu kommt noch, daß die Ausgaben für Lebensmittel nur etwa rund 50 Proz. der notwendigen Gesamtausgaben bei einem Jahreseinkommen von 1600 bis 2000 Mh. in der Friedenszeit ausmachen. Wenn wir dieses Verhältnis zugrunde, so hätte der Wochenlohn nach der Calwerischen Preisziffer im Juni d. J. mindestens 157 Mh. betragen müssen; in Wirklichkeit blieb er aber selbst in Städten mit 25 Proz. Lokalzuschlag um über 50 Mh. wöchentlich hinter dieser Summe zurück. An nun aber diesen Unterschied zwischen eink und lohn nicht noch deutlicher zu machen, wollen wir nachstehend noch den Monatslohn eines verheirateten Hilfschreibers der Stadt Köln, also aus dem von den Prinzipalen in Hinblick auf die angeblich billigere Lebenshaltung gebelhen vertrieben Gebiet, aus den Jahren 1914 und 1919 einander gegenüberstellen; wobei wir noch bemerken wollen, daß es sich dabei um einen Verheirateten ohne Kinder handelt, damit auch jene Kosten auf ihre Rechnung kommen, die da erst nach Abzug ausfallen: Das stelle auf das Familienlohn! Der betreffende Hilfschreiber gibt in der „Weinischen Zeitung“ von seinen Einnahmen und Ausgaben folgendes Bild:

Einnahmen:

	1914	1919
3,75 Mh. an 26 Tagen	11,50 Mh. an 26 Tagen	
97,50 Mh.	200 Mh. und 40 Mh. Kriegsbeihilfe, zusammen 339 Mh.	

Ausgaben für den Lebensunterhalt:

	1914	1919
Miete	30,—	50,—
Mit. effizienter Erleuchtung	3,40	10,—
Krankenkassenbeitrag	2,96	10,32
10 Pfund Kartoffeln	2,40	15,—
5 Pfund Mehl	1,—	7,42
4 Pfund Butter	4,—	55,—
4 Pfund Erdäpfel	3,20	44,—
30 Stück Eier	2,10	52,—
5 Pfund Erbsen	4,50	37,—
10 Pfund Bohnen	2,—	22,—
2 Pfund Kaffee	2,—	24,—
50 Liter Milch	6,—	27,—
10 Feinere Brille	8,50	33,—
5 Pfund Reis	1,50	11,75
1 Liter Salatöl	1,20	16,50
20 Brot	8,—	18,80
10 Stück Seife	2,—	33,—
1 Paar Schuhsohlen	3,50	13,50
10 Stragen bügeln	—,60	7,—
Zeitung	—,50	1,50
10 Hagarren	—,50	5,—
20 Zigaretten	—,40	4,—
Rücklage für Steuer	7,—	26,—
Summa	97,26 Mh.	320,70 Mh.

Trotz der angeblich billigeren Lebensverhältnisse im besetzten Gebiete hat dieser lässliche Hilfschreiber in der Gegenwart monatlich ein ganz erhebliches Defizit. Sein Einkommen hat sich um rund 400 Proz. gesteigert, seine Ausgaben sind jedoch um 435 Proz. gestiegen. Der Buchdrucker verzeichnet aber im allgemeinen nur eine Steigerung seines Einkommens um rund 200 Proz. Dementsprechend muß auch seine Lebenshaltung um die Hälfte hinter dem eines städtischen Hilfschreibers zurückbleiben, oder er gerät in eine doppelt schwere Verschuldung. Um jedoch dem von manchen Vertretern der Prinzipalität so oft besungenen „sozialen Verständnis“ keine Gelegenheit zu geben, daran Anstoß zu nehmen, daß wir die Substanz haben, die Buchdruckergebnisse in Hinblick auf Lebenshaltung mit einem städtischen Hilfschreiber auf eine Stufe zu stellen, wollen wir noch den Wochenverbrauch einer vierköpfigen Familie eines Werkstättenarbeiters der sächsischen Staatseisenbahnen als Beispiel anführen. Im Monat Juli wurden darüber bei Beratung des sächsischen Werkstättenrats folgende Feststellungen gemacht:

Wochenverbrauch einer Familie mit vier Köpfen.

Miete für eine Wohnung (Stube, Schlafstube, Küche, Keller und Bodenkammer)	8,—
Elektura	9,—
Kerzen	10,—
Kartoffeln (20 Pfund)	3,—
Brot (16 Pfund)	4,32
Fleisch	7,80
Butter	2,90
Gemüse (trocken)	4,—
Marmelade	4,20
Mehl	4,44
Magermilch oder Käse oder Quark	0,80
Heringe oder Schellfisch	4,50
Seife und Seifenpulver	0,45
Eier	0,70
Kinderwieback oder Nests	0,70
Gasheizer und Licht	5,50
Herdstele	2,—
Hell	2,40
Zucker	1,—
Gewürze	2,—
Schuhsohlen	8,—
Grünes Gemüse und Obst	10,—
Summa	95,71 Mh.

Nur Markenlebensmittel und das dringend Notwendigste kommen vorstehend in Frage. Für markenfremde Lebensmittel muß man wöchentlich mindestens ausgeben für vier Personen:

2 Stück Eier à 1,30 Mh.	2,60 Mh.
Seife in 6 Wochen für 20,— Mh.	3,30
2 Stück Raucherhüte à 1,80 Mh.	3,60
1 Pfund Marmelade	3,50
Eine Woche um die andere eine Wäsche	
Wurf oder Fleck	6,—
Summa	19,— Mh.

95 Mh. rund für Lebensmittel auf Marken, Mele, Feuerung, Schuhsohlen und das dringend Notwendigste.

19 Mh. für die notwendigsten markenfremden Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände.

114 Mh. Wochenverbrauch.

Eine sächsische Werkstättenarbeiterfamilie braucht demnach 114 Mh. wöchentlich, und zwar ohne eine einzige Zigarre, ohne ein Glas Bier, ohne Theater, Konzert, ohne Zeitung, ohne Organisationsbeitrag, ohne Krankenkasse, ohne Wäsche, ohne Wäsche, ohne Mädelergänge usw. Darf ein Buchdrucker nicht die gleichen Ansprüche ans Leben stellen wie ein sächsischer Eisenbahnarbeiter oder ein sächsischer Hilfschreiber? Wo soll da noch Luft zur Arbeit herkommen, wenn der Buchdrucker leben muß, daß es jetzt wohl lebendiger mehr zu kaufen gibt als früher, daß man sich kaffee künnte; aber nur dann, wenn man bedeutend mehr Geld hat! Um das Ziel bis Zehnfache sind die notwendigsten Lebens- und Bedarfsartikel gestiegen, die Löhne der Buchdrucker aber durchschneitlich nur um das Zweifache. Und da wagen es die Prinzipale, Anträge auf Abbau der Löhne zu stellen! Das hätte noch nicht einmal dann einen berechtigten Sinn, wenn tatsächlich eine flüssigere Senkung der Lebensmittelpreise in diesen Tagen zu verzeichnen wäre. Aber das ist ja gar nicht der Fall. Selbst bürgerliche

Bäcker, wie a. B. das „Pöpsiger Tageblatt“, müssen zugeben, daß die Lebensverhältnisse in letzter Zeit nicht besser geworden sind.

So wie es mit den Lebensmittelpreisen bestellt ist, liegt es auch auf dem Feldermarkt. Gemüse und Koffen Herrschaftung während der Kriegszeit. In 1919 betrug 20 Mh.; und in der Wirtschaftskrise 1915/16 betrug 20 Mh. 20 Mh. soll denn ein Buchdrucker des Westens zum Verleben auf 20 Mh. lang leben und soll alle Ausgaben für die Familie, die die Arbeit, Hausinventar zurückbleiben werden, weil die Preise einfach nicht zu bezahlen sind. Auf die Dauer geht das aber nicht. Denn schließlich zu rechnen auch noch die hohen Steuern, die heute schon viele Kinder, Frauen und Männer tragen. Bösliche Verwahrlosung des äußeren Lebens ist unausbleiblich, wenn dem Arbeiter nicht durch entsprechende Lohn die Möglichkeit gegeben wird, die Lebenshaltung und Schuhwerk Neuankömmlingen zu vergleichen. Jede Auslastung auf eine Senkung der Preise für die Arbeiter usw. vollständig fehlt. Das ist u. a. ein unzulässiges Verhältnissen der Löhne an der Wirtschaftskrise im Jahre 1919, die folgendenmaßen lauten: „Lohn ist auch die Lösung auf erhebliche Preiserhöhung nicht erhalten kann, zeigt eine Betrachtung der tatsächlichen Verhältnisse. Die schwierige Lage der inländischen Textilindustrie ist genügend bekannt; mit einer wesentlichen Verbesserung der deutschen Erzeugnisse kann in allerhöchster Zeit nicht gerechnet werden. Baumwolle ist in den letzten zwei Monaten um etwa 35 Prozent gestiegen. In Frankreich wie auch in England mußte auf Drängen der Arbeiterklasse schließlich die wesentlichen Lohnerböhrungen um etwa 10 Prozent in den Spinnereien und Webereien der 24. Wandertag eingeführt und viele soziale Angelegenheiten an die Arbeiterklasse gemacht werden. Die hierdurch verursachte Verteuerung der Textilierzeugnisse hatte zur Folge, daß, wie aus dem besetzten Gebiet berichtet wird, die Getreidepreise in Frankreich, Elsaß-Lothringen und Ostland in den letzten drei Wochen ihre Festpreiszahl nur noch mit Aufschlägen von 15 bis 30 Prozent anbieten. Verdrüsslich ist man weiter die Verdrüsslichung unserer Marktwirtschaft, die die Preise aller aus dem Ausland bezogenen Waren etwa verdreifacht, so wird man erkennen, daß mit einer Verbilligung der ausländischen Textilwaren kaum gerechnet werden kann.“

Selbst die inzwischen eingetretene Aufhebung der Blockade wird in absehbarer Zeit keinen wesentlichen Preisrückgang bringen. Mögen auch die Preise einzelner Waren etwas sinken, so werden sie aber immer noch so teuer bleiben, daß sie für die große Masse der Bevölkerung mehr oder weniger unerschwinglich sind oder jedoch nur als Delikatessen zum Genuß oder für die Wohlhabenden in Frage kommen. Den härtesten und härtesten Beweis, den die Besetzung der Blockade mit sich bringt, ist derartige, daß Waren, die jahrelang aus dem Verkehr zurückgezogen waren, wieder auslaufen und jedem — so heißt es wenigstens — häufig zur Verfügung stehen; aber nach den Preisen frage man nicht. Haben die wahlmüden Schleichhandelspreise stellenweise auch stark nachgelassen, so sind bei an ihre Stelle tretenden offiziellen Marktpreisen immerhin noch als Phantomschatten zu betrachten, wenigstens dann, wenn man sie in ein prozentuales Verhältnis zum Durchschnittseinkommen der Mehrheit der Bevölkerung bringt. Löhne und Gehälter sind durchschneitlich um das Doppelte bis Dreifache erhöht worden, während die Preise lebensnotwendiger Waren heute noch im Maß, Lohn- und Mehrfache gegenüber der Kriegszeit liegen. Hieran kann aber selbst der wiederhergestellte internationalen Warenaustausch kaum etwas ändern, solange wir nicht in der Lage sind, die massenhafte Einfuhr durch entsprechende Ausfuhr deutscher Erzeugnisse zu kompensieren. Bei unserer fast täglich noch weiter zunehmenden Geldnot ist es völlig sinnlos, auf einen wesentlichen Preisrückgang zu hoffen.

Eine Senkung der Preise ist also streng genommen nur im Schleichhandel einzutreten, und zwar zunächst in allen jenen Artikeln, die in der Hauptmasse von den bestsituierten Kreisen schon gekauft werden konnten. An Wirklichkeit kann man nur in den Erklärungen der Lebenshaltung der Unternehmer sprechen. Es war daher nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, wenn durch eine Erhöhung der Feuerungszulagen für die Arbeiter die Senkung der Schleichhandelspreise der Allgemeintheit nützlich gemacht würde. Das gilt auch für die Unternehmer im Buchdruckergewerbe. Ihr eigener pers. und der Ausgabenetel ist geklungen, der der Buchdruckergehälter aber nicht, hat sogar durch immer kürzer gewordenen Werklohn der alten Arbeiter, Wäcker, Seife u. w. die Notwendigkeit höherer Ausgaben dringlicher gemacht. Das begründet einen Abbau des Prinzipalzeinkommens und einen Aufbau der Gehälter oder Steuerungsanlagen!

Die Reichsregierung hat jedenfalls von diesem Stande der Dinge und der Ausfichten für die Lebenshaltung in der letzten und kommenden Zeit eine unzulässige Kenntnis. Sie hat daher nach den neuen Möglichkeiten vorbehaltslos der Zustimmung der Reichsregierung beschaffen, sämtliche Beamten solenne Gehaltssteigerungen zu gewähren: für Universitätslehrer 100 Mh., für händlerische Verheiratete 100 Mh. und für Kreis und Verheirateten 200 Mh. Damit sollen nun die Grundzüge für die Gewährung laufender Gehaltssteigerungen dahin geändert werden, daß die Summe der vom 1. September ab einheitlich auf 50 Mh. festzulegen wird.

Und wie steht es mit den Steuern? Wer ein Einkommen hat, das ihm noch einigermassen eine beträchtliche Erleichterung verbirgt, die es ihm erlaubt, das er und die Seinen sich noch kaffee und andere Genuß zu können, der kämpft über die flüssigsten Mittel, um sich aus aller Gewohnheit wie ein Arbeiter in die Luft der Zukunft zugrunde geht. Was soll aber ein Arbeiter oder ein Buch-

druckergerichte fun, wenn er Steuerlasten zu fragen hat, die ihn dazu zwingen, trotz gestiegener Lebensmittelpreise den Jahreslohn seinen verrenteten Hungerleuten nur noch enger zu knäueln? Da hilft das Gleichgewichtsmittel des Postens überhaupt nichts mehr, da tritt Verzweiflung, Auf, Lebensverdruss und Arbeitsmangel im höchsten Grad in Erscheinung. Wie soll das erst werden, wenn die von Erberger angeführte „geradezu entsetzliche Höhe“ der künftigen Steuerlast zu Wahrheit wird?

Gegenwart und Zukunft sind also im Hinblick auf eine Verbilligung der Lebenshaltung in allen Teilen in keiner Weise dazu geeignet. Den Gedanken eines Wohnbaues auch nur in Erwägung zu ziehen. Im Gegenteil, je freierhaltiger mit dem Gedanken gespielt wird, um so gefährlicher wird ein Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft bedroht. Denn wohl sind sich alle vernünftigen denkenden Arbeiter darüber klar, daß nur Arbeit und nochmals Arbeit uns vor dem Abgrund völliger Verwahrlosung an Geist und Körper retten kann; aber diese Hohenarbeit kann nur geleistet werden, wenn die Arbeiterklasse die Möglichkeit hat, sich körperlich wie geistig für diese Aufgabe über Wasser zu halten. Alle Bemühungen der Reichsregierung, die auf einen Abbau der Preise gerichtet waren, blieben ein Schlag ins Wasser. Daher bleibt kein anderer Ausweg als Aufbau der Arbeitskraft mit gleichzeitiger geistiger Entfaltung der Arbeiterklasse an der Gütererzeugung. Das gilt auch für uns Buchdrucker! Und daher kann es für die bevorstehende Tarifausführung nur die eine Parole geben: Materielle und geistige Aufbau der Arbeitskräfte! Lohnabbau erschließt den letzten Rest von Arbeitsenergie und damit auch jede Möglichkeit zu einer allseitigen Gesunderhaltung des Gewerbes. Der gegenwärtige Stand und die Aussichten für die Lebenshaltung zeigen nur diesen einzigen Rettungsweg. Können sich die Prinzipale nicht dafür entscheiden, so wird die Entwicklung über sie hinweggehen, und zwar mit jener elementaren Gewalt, die sich aus den Lebensinteressen von Hunderttausenden von Menschen ergibt, die mit dem Elend und der Not der Gehilfenklasse als Schicksalsgemeinschaft unlösbar verbunden sind. Der politische Revolution wird und muß dann die wirtschaftliche folgen und nichts wird sie aufhalten!

Über die Gesetzlichmachung des Tarifs

Nach Nr. 91 des „Storr.“ (Tarifliches) soll die Frage der Gesetzlichmachung des Tarifs Gegenstand der Beratung der nächsten Sitzung des Tarifausschusses sein.

Einer Frage von einer derartigen Wichtigkeit sollen und dürfen unsere Tarifausführer nicht zustimmen, solange nicht die Mitglieder dazu Stellung genommen haben. Wo bleibt da die vielbesungene Demokratie? Wenn wir Mitarbeiter nicht einmal so viel Mitbestimmungsrecht in unserer Gewerkschaft mehr haben, um in Fragen von derartiger Wichtigkeit selbst zu entscheiden, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Unternehmer mit dem Mitbestimmungsrecht hargen.

Sch glaube im Namen vieler zu schreiben, wenn ich diese Gesetzlichmachung verwerfe, denn sie bedeutet eine noch stärkere Sinecure der Kollegen, als es bisher unsere Tarifgemeinschaft darstellte. In einer Zeit, die uns Laffen über Laffen auferlegt, in welcher jeder Tag eine Änderung unserer Lebenshaltung in bezug auf Preisgestaltung bringt; in einer Zeit, in welcher uns alle möglichen Steuern, sogar auf die wichtigsten Nahrungsmittel drohen, da wollen wir uns noch freiwillig einen Stroh aus Bein binden? Nachdem die schlimmsten Anläufe einer Gemeinwirtschaft mit dem Wirtschaftsprinzip der Willkür gefallen sind, nachdem als oberstes Wirtschaftsprinzip das Spiel der freien Kräfte triumphiert, da wollen wir uns in bezug auf unser Arbeitsverhältnis noch selber die Hände binden als bisher? Das kann und darf nicht geschehen.

Im Geiste höre ich schon zu manchen wackeren Kollegen sagen: „Ja, wir müssen doch Ordnung haben in unserem sozialen Staat“, und mit dem Finger weist er hochselbst nach England oder Ungarn, wo man auch hier und da gesetzliche Mittel angewandt hat, um das wirtschaftliche Leben zu strengeln. Dem möchte ich gleich vorher antworten: Erstens ist es auch dort nicht hübsch, mit Zwangsmitteln zu arbeiten, zweitens ist es doch auch bei einem wirklich sozialen Staat im Interesse des Volksganges zu entschuldigen, denn wir haben keinen sozialen Staat und wenn wir auch noch einmal soviel sozialistische Mistkerl hätten. Sozial kann sich ein Staat erst dann nennen, wenn es gelingt, den bisher vom Kapitalismus unter Gemeinwirtschaftsarbeit abergenommenen Mehrwert einzuziehen und im Interesse des Volksganges zu verwenden.

Mancher Kollege wird vielleicht auch sagen, daß die Gesetzlichmachung unseres Tarifs nicht so schlimm wäre, da im Fall einer Meinungsänderung über das gebräuchliche Maß die Kollegen sich nicht an solche Gesetze halten würden. Das stimmt uns wenig ja auch in den Verhältnissen begründet. So wie wenn ein Gesetz schalten, die wir im Falle der Unmöglichkeit doch befehle sehen müssen? Ist es denn nicht so, in welchem Fall als kontrakt- und tariflich gebunden zu werden? Ah muß gestehen, das für meinen Zweck schon die ersten Punkte genügen.

Berlin. Karl W. Schmidt.

Fragen der künftigen Unterstützung bei Arbeitslosigkeit

Einer der Punkte, welche die nächste Generalversammlung des Verbandes beschäftigen wird, ist die Erhöhung resp. der Ausbau unserer Unterstützungsrichtungen. Große Anforderungen werden an uns gestellt, denn es ist wohl einem jeden klar, daß bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen mit den Unterhaltungsleistungen nicht mehr, selbst nicht als Zuschuß auszukommen ist. Ohne eine wesentliche Erhöhung der Beiträge wird sich eine Aufbesserung nicht ermöglichen lassen.

Eine Frage müßte schon die jetzt stattfindende Tarifausführung beschäftigen, nämlich: „Ist denn die Gehilfenklasse allein verpflichtet, für die Arbeitslosen zu sorgen?“ Es ist dies eine Frage auch an die Prinzipale. Sie hätte als Forderung der Zeit in den in jeder Zeit stattfindenden Tarifausführungen schon erörtert werden müssen. Die schönen Versprechungen, die uns immer gegeben worden sind, haben bei uns in Breslau nicht sonderlich Realisierung gefunden.

Wie schon eingangs erwähnt, wird eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung zur Generalversammlung des Verbandes beantragt werden, und mit Recht, denn das Gesetz betreffend Erwerbslosenfürsorge ist in seinem jetzigen Anlange nur für ein Jahr geschlossen; es läuft im November d. J. ab. Daß dann ein bedeutender Abbau der Erwerbslosenfürsorge, die dem Reich eine große Steuerlast auferlegt, stattfinden wird, ist außer Zweifel. Welchem Elende wären schon die Arbeitslosen ausgeliefert gewesen bei der herrschenden Teuerung, wäre dieses Gesetz nicht vorhanden! Wir hätten uns schon eher mit dem Problem einer beiderseitigen Tragung der Kosten befassen müssen. Wenn eine wirklich merkbare Erhöhung der Unterstützung können wir durch unsere Beiträge allein nicht mehr vornehmen. Schon heute wird von vielen Gemeinlichen die Frage aufgeworfen, ob die Erwerbslosenfürsorge durch eine Rückversicherung gegen Arbeitslosigkeit nicht zum Teil auch von der Arbeiterklasse selbst getragen werden kann.

Sind denn unsere Klassenbeiträge (Breslau 3,50 Mk.) heute nicht schon so hoch, daß sie manchem Familienvater zu zahlen schwerfallen? Geseht den Fall, die Erwerbslosenfürsorge wird zum Teil abgebaut, ist es dann nicht unsere selbstverständliche Pflicht zu sorgen, daß unsere arbeitslosen Kollegen vor dem Sorgen- und Hungergepfen nicht sinnlos einberührungreichen Jahren nach besten Kräften geschützt werden? Ohne eine neuerliche und bedeutende Erhöhung der Beiträge wäre dies aber nicht möglich. Karren unter aber nicht andre wichtige Aufgaben? Ich weise nur auf die Unvollständigen, unter allen Stämper, hin.

Warum ist bei der Prinzipalität nicht schon das Pflichtbewußtsein wach geworden, einen Teil beizutragen zur Unterstützung der Arbeitslosen? Für wen steht denn die Arbeitslosenreserve zur Verfügung? Doch für die Prinzipale. Hier in Breslau werden Kollegen, die während des unangenehmen Abbruches, des Staus und der Eisenbahnfahrpläne vermehrt eingestellt werden, schon während der Drucklegung der letzten Bogen gekündigt, um ja nicht etwa eine Woche über die Fertigstellung dieser Arbeiten den Betrieb zu belasten. Was würden die Prinzipale sagen, wenn sie für diese Fälle und für die gute Konjunktur nicht diese Arbeitslosenreserve hätte?

Es ist fast immer die gleiche Zahl von Kollegen, die während der sauren Kurzeit regelmäßig die Arbeitsnachweise bevoltern. Haben nicht auch diese Kollegen ein Recht, in dieser Zeit entschädigt zu werden? Oder soll es noch Kollegen geben, die sich einige Zeit im Jahre den Nerven enger schnallen sollen als Strafe dafür, daß sie arbeitswillig sind, aber keine Arbeit bekommen? Sollen sie genötigt sein, während dieser Zeit einen ungelerten Versuch zu ergreifen, bis sie die Konjunktur wieder ruff?

Das sind alles Laffen, die die Gehilfenklasse bis jetzt allein getragen hat, und Zustände, die noch lange anhalten werden, wenn nicht bei den nächsten Beratungen auch durch bedeutend herabgesetzte Verhütungssätze eine Änderung hervorgerufen wird. Diese Forderung darf ebenfalls nicht ungehört verhallen.

Eine Mücke des Tarifs muß durch diese unsere Forderung beiseite werden. Wir wollen den gemachten Vorschlag unserer maßgebenden Tarifinstanzen als Forderung einer einzigen deutschen Gehilfenklasse (Verband wie Gutensbergbund) unterbreiten. Die Prinzipale haben ja einen Fonds für besondere Zwecke, warum soll es da nicht möglich sein, im Umlageverfahren einen laufenden Beitrag zu leisten, der ihnen doch indirekt wieder zugute kommt? Nur darf eben dieser Zuschuß von keiner Bedingung abhängig sein, sondern ganz gleichmäßig, wie auf dem paritätischen Arbeitsnachweis als Arbeitsloser eingetragen ist, erhält ein von der Prinzipalität selbst geleistet und irgendeiner Einzahlung auszusahlenden Zuschuß. Durch diesen Zuschuß wäre der Arbeitslose nebst der Gehilfenunterstützung von Gehilfenhilfe vor der äußersten Not geschützt.

Als Beispiel zu meinem Vorschlage nehme ich an: Jeder Prinzipal zahlt pro Woche und beschäftigten Gehilfen einen bestimmten Betrag, der es ermöglichen würde, einen Beitrag als Unterstützung an Arbeitslose zu zahlen, welcher als Zuschuß zu der Verbands- resp. Bundesunterstützung in Betracht käme. Diese Umlagebeiträge festzusetzen, würde der Prinzipalität nicht schwerfallen, denn die Summen, die da pro Woche und Woche zu entrichten sind, würden sich ja immer nach der Konjunktur richten. Es gut wie wir Gehilfen unter Zahlstellen selbst in den künftigen Orten haben, so wäre auch dies bei der Prinzipalität zu organisieren. Andernfalls könnten wir dann

(wenn unsere Mitarbeit gewünscht würde) paritätische Stellen geschaffen werden. Jedenfalls, wo ein guter Wille vorhanden ist, geht alles zu machen.

Der Wunsch, daß aus diesem meinem Vorschlage, der ja nicht der einzig richtige zu sein braucht, durch eine rege Diskussion auch von Prinzipalenseite etwas Brauchbares zum Segen beider Teile entstehen möchte, läßt mich den Artikel in der Hoffnung abschließen, daß auch dadurch in unserm Beruf ein gegenseitiges Vertrauen Platz greifen und die Ruhe und das Vertrauen wieder gestärkt wird.
Breslau. Sporn.

Unsre Arbeitslosigkeit

Wie oft schon ist in diesen Spalten die Arbeitslosigkeit unseres Berufs besprochen worden, und was ist heute das Ergebnis? Wir können nicht damit zufrieden sein.

Was nützen uns all die schönen Versammlungsbeschlüsse und Resolutionen, daß Arbeitsvermittlungen ausschließlich den Nachweisen vorbehalten bleiben, daß Unverbeiratete Stellung nach auswärts annehmen müssen, wenn sie nicht ihrer Verbandsunterstützung verlustig geben wollen? So auf die Vorkläge von einzelnen Kollegen in Arbeitslosenversammlungen auch gemeint sind — die arbeitenden Kollegen mögen in ihren Vertrieben dafür einstehen, daß Arbeitslose zunächst eingestellt werden sollen —, so sind sie doch schwer durchführbar. Und wenn es schon hier und da gelungen sollte, so haben diese Antragsungen nicht den gewünschten Erfolg; denn für den Arbeitsmarkt im allgemeinen werden sie kaum empfindlich und sichtbar sein.

Mit diesen unrentablen Salbweien kommen wir nicht vorwärts. Wir müssen Reformen schaffen, die berechtigt und notwendig sind.

Ist denn die Arbeitslosigkeit in unserm Beruf etwa erst eine Folge der letzten Zeit? Hat sie nicht schon vor dem Krieg in unsern Druckzentren überhaupt über das Normale bestanden? Mögen die Gründe zutreffend sein oder nicht, daß der Zugang aus der Provinz nach den Großstädten allzusehr überhand genommen (wer selbst Großstädter ist, wird das Bestreben nicht verstehen — der Arica hat uns ohnedies deutlich gezeigt, wo man besser lebt) und vor dem Abgange nach der Provinz eine gewisse Scheu bestanden hat. Ich glaube nicht daran, daß das die Schuld haben soll. Das allein ist nicht die Ursache des großen Übels unserer Arbeitslosigkeit, die nun einmal nicht durch Antragsungen und kleinliche Maßnahmen aus Versammlungen heraus gehoben wird.

Eben wir uns doch einmal die Verhältnisse in den Vertrieben heute an. Jahrgangweise stehen die jungen Kollegen, wie sie ausgereist haben, noch in den Geschäften. Sie denken nicht ans Gehen. Früher zog man mit leichtem, frohem Mut in die Welt; wer wird das aber heute mit der Brotmarkte in der Tasche tun? Die Demobilmachungsverpflichtung zwang die Firmen, alle vor dem Kriege Beschäftigten wieder einzustellen. Auf diese Weise ist ein Überangebot von Arbeitskräften in den Vertrieben vorhanden, das zur Einschränkung der Arbeitszeit führen muß und für das der große wirtschaftliche Tiefgang unserer Tage kein Unterkommen hat. Das ist eine Tatsache, an der wir nicht rütteln können.

Weshalb hat man uns Hoffnung gemacht: Laßt erst einmal den Frieden geschlossen sein, dann kommen schon wieder die Verleger mit ihren bergehobenen Aufträgen hervor, die sie angeblich wegen der unsicheren Lage zurückgehalten haben, und geben uns Lohn und Brot. Sollte müssen wir einsehen, daß das zum Teil selbsterlöschende Hoffnungen waren. So leicht und schnell wird es eben doch nicht besser werden.

Wir müssen zu einem Mittel greifen, um das Überangebot von Arbeitskräften zu verhindern. So geeignet und so sehr zu begrüßen der Weg wäre, den uns Kollege Wittig in Nr. 47 weist, so aussichtslos ist er uns auch bei der im Schneidentempo vorwärtsdriftenden jetzigen sozialen Lage. Durch Selbsthilfe haben wir uns immer wieder zu Pionieren der Arbeiter gemacht, wollen wir hier verlagern?

Die Dringlichkeit der Angelegenheit erfordert ein kräftiges Wort, und das ist: Beschränkung der Einstellung von Lehrlingen, vor allem in kleinen Druckereien, auf mindestens einige Jahre. Wenn ein Beschäftigungszeit nicht alle keinen Angehörigen Arbeit und auskömmlichen Verdienst zu bieten vermag, so besteht auch kein Bedarf an Einstellung neuer Kräfte.

Wir müssen diesen Weg beschreiten in zweifacher Hinsicht. Einmal können wir nur so unserer Hände Arbeit feiner verkaufen und dann können wir endlich den vielen älteren Kollegen, die immer und oft das Pech haben, auf der Straße zu liegen mit dem Bewußtsein, Opfer der kapitalistischen Ausbeutung zu sein, eine bleibende Stütze schaffen; denn der junge Nachwuchs läßt sich. Freiwillig geben sie nicht und Sünderungen sind unstatthaft.

Bei der bevorstehenden Tarifausführung werden Fragen von wesentlicher Bedeutung zu beraten sein, aber dieser ungemeh wichtige Punkt sollte unsern Vertretern voranstellen. Gerade diesmal ist es an der Zeit, den Absatz 14 des § 13 unseres Tarifs gründlich und auch geltendprechend zu revidieren.

Auf ihm ruht eine Grundbedingung unserer Existenz in dieser kostspieligen Periode des deutschen Wirtschaftslebens erdenklicher Zeit.

Erdärer noch als bisher soll die Aufnahme von Lehrlingen übermäßig werden. Das gilt auch in körperlicher Hinsicht derselben. Tiefbefriedend sind die häufigen Fälle, wo Kollegen im jugendlichen Alter von 20 Jahren an der Brustkrankheit dahinsinken.

Leipzig.

H. Morge.

Die Arbeitslosigkeit bei den Druckern

Ueberraschend stark sind nach einer Rundschau vom 1. Nov. die Drucker von der Arbeitslosigkeit geplagt. Vor dem Krieg war der Prozentsatz der Drucker zu den Seheren wie 1 zu 3, heute übertrag in manchen Großstädten der Drucker den Seher in der Arbeitslosigkeit. An was liegt das? Mehrer Anstieg nach gibt es in stilleren und kleineren Druckerbetrieben noch Maschinenmeister, die sich befähigt haben, auch bei diesen traurigen Zeiten der Arbeitslosigkeit und ungenügender Nahrung noch an zwei Maschinen zu arbeiten. Schon immer bin ich ein Gegner gewesen des Paragraphen im Tarif, zwei Maschinen zu bedienen. Wäre es nicht angebracht, bei der nächsten Tarifausschubung eine Streikung derselben vorzunehmen resp. zu beantragen und die Prinzipale zu überzeugen, daß solche Maschinen auf Grund dieser schlechten Zeiten abgekauft werden müssen? Es gereichte Prinzipale wie Wehrsen zu gleichem Nutzen. Ich glaube, ein großer Prozentsatz der arbeitslosen Drucker würde dadurch eine Konzession erhalten und der jetzige Abstand wäre zum Teil behoben.

Mögen daher unsere Tarifvertreter bei der kommenden Sitzung in dieser Weise ein kräftiges Wort reden. Allen andern Kollegen empfehle ich, mit etwas Rückgrat diese Forderung auch so bei ihren Prinzipalen durchzusetzen. Im allgemeinen wäre dieses Thema in den Verhandlungen unter „Verbandsangelegenheiten“ geeignet, die immer noch ruckstündigen Kollegen auszuklären.

Dresden.

O. A.

Notation!

Zur bevorstehenden Tarifausschubung ist es wirklich an der Zeit, daß wir uns auch einmal regen, um unsre in Deutschland so verschiedenartigen Löhne einheitlich zu gestalten. Durch die ganz enormen Anforderungen sowie die Verantwortung, die an unsre jeweilige Tätigkeit gestellt werden, ist es wohl gerechtfertigt, daß unser Lohnminimum prozentual über Tarif festgelegt wird, wie dieses bereits bei den Maschinenleuten der Fall ist. Auch unsre überaus schmutzige Arbeit, von der jeder ein Lied singen kann, bedingt außerdem eine Entschädigung, bestehend in einem Schmutz- resp. Waldgeld. Das uns anvertraute Maschinenmaterial repräsentiert doch ein ganz enormes Kapital, und da ist es auch gerechtfertigt, wenn ein solcher Vertrauensposten dementsprechend entlohnt wird. Da dieses leider noch nicht der Fall ist, wäre es wohl an der Zeit, auch für uns Notation ein besonderes Minimum festzusetzen. Ein Stapel, womit sich die bevorstehende Tarifausschubung mit befassen könnte.

Bisher stand die Verzählung zu über Minimum ganz im Beheben und Entbinnen der Prinzipale, namentlich in der Provinz. Nicht die Wichtigkeit der einzelnen Kollegen war maßgebend für eine etwas bessere Verzählung, sondern der Umstand, daß nicht immer geeignete Kräfte jeweils zur Verfügung standen. Während die Großstädtkollegen durch ihre Sparvereinigungen schon eher in der Lage sind, einheitliche und höhere Löhne ihren Leistungen entsprechend zu erreichen, liegt in dieser Beziehung in der Provinz noch vieles im Argen; von den vielen technischen Schwierigkeiten innerhalb einzelner Betriebe gar nicht einmal zu reden.

Auch wird noch von vielen Kollegen verlangt, daß sie sich außerdem auch im Flachdruck betätigen. Bei der letzten großen Arbeitslosigkeit, muß eine Norm geschaffen werden, daß dies nur in außergewöhnlichen Fällen statthaft ist, um dadurch auch modernen Flachdruckern Arbeitsgelegenheit zu verschaffen.

P. W.

Zur Faktorenfrage

In Nr. 87 unseres Verbandsorgans behandelt Kollege Bc. ebenfalls die Faktorenfrage und kommt zu dem Endresultat: „Sandell!“ Zu diesem Schlusse sind schon längst einige Kollegen gelangt und sind zur Zeit an der Arbeit, diese Frage ins Rollen zu bringen.

Bereits am 23. Juli fand in Karlsruhe auf Veranlassung einiger Kollegen eine Zusammenkunft statt, die den Zweck hatte, vorbereitende Schritte zu unternehmen, um ähnliche Faktoren Baden zu einer gemeinsamen Sitzung zusammenzubringen. Ganz ohne diese Zusammenkunft nur in engem Rahmen statt, so regte sie doch zur Beweise, daß es auch für die Faktoren höchste Zeit ist, sich endlich zu einem gemeinsamen Gange zusammenzuschließen. Es wurde auch beschlossen, sich an den Vorstehenden des Karlsruher Bezirksverbandes des Faktorenbundes mit dem Ersuchen zu wenden, eine erweiterte Mitgliederversammlung einzuberufen, zu der sämtliche erreichbaren Faktoren Baden eingeladen werden sollten. Es wurde in dem Schreiben am Schluß darauf hingewiesen, daß im Falle der Ablehnung wir uns auf andere Weise an die Kollegen um Unterstützung wenden würden, wir auch davon überzeugt seien, den größten Teil der Kollegen auf unsrer Seite zu haben.

Am 27. Juli leitete der Vorstehende des Faktorenbundes sein Einverständnis mit der Einberufung der Versammlung mit, es wird ebenfalls wohl bald stattfinden. Aber das Resultat werden wir den Kollegen im „Korr.“ ein Bild geben.

Mit Recht weiß Kollege Bc. darauf hin, daß es ein Anfang ist, auf der einen Seite Verbandsmitglied, auf der andern einer quasi getrennten Gewerkschaft anzugehören. Auch unsre Überzeugung und unser einziges Ziel ist: Anknüpfung

der Faktoren an den Verband. Nur dann, wenn eine geschlossene Masse hinter den Faktoren steht, können sie etwas erreichen; im andern Falle sind sie auf die Gnade und Barmherzigkeit ihrer Herren Chefs angewiesen.

Die letzten Tarifverhandlungen brachten den Gehilfen eine wünschenswerte Teuerungszulage von 20 Mk., die mit einigen Ausnahmen auch anstandslos bezahlt wurden. Da, wo es nicht so glatt abging, half eben der Verband nach. Die Vertragsgemeinschaft lebte die monatliche Erhöhung auf 90 Mk. fest und zwar erst mit dem 1. Juni. Aber wie viele Prinzipale, hauptsächlich in der Provinz, kümmeren sich um die Abmachungen der Vertragsgemeinschaft? Was will der Kollege in der Provinz machen, wenn ihm der Prinzipal erklärt, er erkenne einfach diese Abmachungen nicht an? Da fehlt eben die Masse, auf die er sich stützen kann.

Was hat die Vertragsgemeinschaft mit dem mit dem Deutschen Buchdruckeramt erst abgeschlossenen Anstellungsvertrag erreicht? Hier hat sie ihre Unabhängigkeit, die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren, ganz bewiesen. Mit Ausnahme der Ferien, für die eine feste Norm gefunden, sind die Faktoren auf das Wohlwollen ihrer Chefs angewiesen. Aber schon ein altes Sprichwort sagt: Wo der Geldbeutel in Betracht kommt, hört das Wohlwollen auf. Ist es nicht geradezu beschämend, wenn der Faktor immer und immer wieder an seinen Chef zur Verbesserung seiner Lage herantreten muß?

Kollegen! Das muß anders werden. Unser Verbandsamt muß es eine heilige Pflicht sein, unsre Bestrebungen voll und ganz zu unterstützen. Fort mit dem alten Joppe, dem Standsdunkel! Her mit dem Landesbewußtsein! Sollte in nächster Zeit an das Landesbewußtsein der Faktoren appelliert werden, dann ist es auch ihre Pflicht, geschlossen und einmütig dem Rufe Folge zu leisten. Wir wollen endlich zeigen, daß auch wir erkannt haben, daß nur unter den Umständen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker unsere Interessen am besten aufgehoben sind und wir auf das „Wohlwollen“ der Prinzipale im Interesse unsres Geldbeutels gern Verzicht leisten.

L. D.

Rundschau

Jubiläumsadresse für den Deutschen Buchdruckerverein. Unsern Artikel zum 50jährigen Bestehen des Deutschen Buchdruckervereins in Nr. 93 ist ergänzend noch nachzutragen, daß der Hauptvorstand unsres Verbandes dem Hauptvorstande des Deutschen Buchdruckervereins zum Jubiläumstag eine in Buchdruck von der Firma Eisner, in Berlin ausgeführte und wohlgelungene Adresse überliefert hat.

Fertigerweiterung. Die Augsburgener Druckerei und Verlagsanstalt („Schwäbische Volkszeitung“) gewährt ihrem Personal folgenden Erholungsurlaub: Nach einer Beschäftigungsdauer von 3 Monaten im 1. und 2. Beschäftigungsjahre 6, im 3. und 4. Beschäftigungsjahre 9, im 5. und 6. Beschäftigungsjahre 12, im 7. und 8. Beschäftigungsjahre 15 und nach über 8 Jahren Beschäftigungsdauer 18 Arbeitstage.

Zur Bekämpfung der Gasnot für Schmaschinen. Als Ergänzung zu unser Notiz in Nr. 91 „Keine Gasnot in den Druckereien mehr“ macht uns Kollege Paul Pispow in Neukölln, Wartheustraße 14, darauf aufmerksam, daß er für den Typograph eine verbesserte Holzvorrichtung konstruiert habe, mit der er schon seit einem halben Jahre erfolgreich arbeite. Die Vorrichtung ermöglicht die Arbeit auch während der Sperrstunden und reduziert die Anbeizzeit auf etwa 35 Minuten. Die Vorrichtung wird auch von der Schmaschinenfabrik als brauchbar empfohlen; sie kostet komplett mit Säbner, Schlauch und Düse 75 Mk., ist von jedem Typographen oder Kleinverleger leicht an jeder Typographiemaschine anzubringen. Voraussetzung für ihre Verwertung ist, daß ein geringer Gasdruck, von 8 bis 10 Millimetern auch in der Sperrzeit vorhanden ist.

Gründungsfeier. In der letzten Zeit liest man übereinstimmend in unsern Fachzeitschriften und Fachschriften Warnungen vor der Neugründung von Buchdruckerzeitschriften; in einigen dieser Warnungen wird gar von einem „Gründungsieber“ gesprochen. Der „Zeitungsvorlag“ bringt selbst gleich zwei solcher Warnungen in ein und derselben Nummer, die in der Hauptfrage von der Gründung von Zeitschriften und Zeitschriften abzuhalten versuchen. Diese Warnungen dürften ein Körnchen Wahrheit in sich haben. Sind doch im letzten Vierteljahr allein vier hundert neue Zeitschriften entstanden. Vom Standpunkte des Buchdruckers aus könnte man diese vielen Neugründungen ja eigentlich nur begrüßen; bringen sie doch vielen Kollegen Arbeit und Verdienst. Zumal, wenn es sich um solche Neugründungen handelt, die, von Kriegsgewinnlern und Leuten mit einem großen Portemonnaie fundiert, Aussicht auf Erfolg und eine Zukunft haben; für deren Gründer es auch gleichgültig ist, wie und wo sie ihr Geld verlieren. Leider ist letzteres aber nicht ausnahmslos der Fall, ja, es sind oft recht saure Gründungen darunter. Viele Gründungen von Zeitschriften und Zeitschriften gehen auch auf die Arbeiter- und politischen Parteieinrichtungen zu, die durch Ausgabe kleiner Obligationen möglichst viele an der Sache interessieren wollen. Einzelgründungen haben aber auch sehr oft nur „kleine Leute“ hinter sich, deren Barkapitalen nur aus ihren lauer erparnten Ersparnissen bestehen, die, wenn sie verloren, für den Gründer die bittere Notwendigkeit mit sich bringen, von neuem wieder anzufangen. Was soll man beispielsweise dazu sagen, wenn trotz der heutigen Wertlosigkeit unsres Geldes Kollegen sich für ganze tausend Mark eine Druckerlei auflegen, die von den paar Schrifften, die sie dafür erhalten, jeweils nur ein halbes Minimum

ergeben? Solche Neugründungen tragen allerdings von Anfang an den Todeskeim in sich; sie können nicht leben und nicht sterben. Vor ihnen muß dringend gewarnt werden, weil sie nicht zur Hebung des Gewerbes, sondern zu dessen Niedergang mit beitragen.

Zur Machtprobe im Leipziger Buchhandel. Der Erich der Leipziger Buchhandlungsangestellten hat sich inzwischen noch verstärkt und hat für die letzten Buchbarone zu einer fast reiflichen Verlopfung ihrer Meisterwerksquellen geführt. Sie klammern schon ganz kläglich über die immer schwächer werdende Ausübung der wenigen „Arbeitswilligen“ und haben die Streikposten dielehalb schon beim Demob. machungskommissare benannt. In der Antwort auf ein diesbezügliches Schreiben des Lehreren an die Streikleitung hat diese das Verbot einzelner Streikposten als Folge eines sehr herausfordernden Benehmens einzelner Buchhändler bezeichnet und im übrigen erneut ihre nachmalige Bereitwilligkeit zu Verhandlungen auf der Grundlage des von den Angestellten unterbreiteten Tarifentwurfs zum Ausdruck gebracht. Die Verschärfung der Streiklage zeigt sich u. a. auch darin, daß schon Differenzen in einzelnen Buchdruckerbetrieben, die mit dem Zeitschriftenverlag eng zusammenhängen, im Anzuge sind. Es ist jedoch selbstverständlich, daß die Spekulation in Buchhändlerkreisen auf solche Differenzen an der gewerkschaftlichen Disziplin der Buchdruckerbetriebe Leipzigs wie auch anderwärts entzündenden Widerstand finden wird. Dementsprechende Vorkehrungen sind schon getroffen; das mögen sich die „Geldherren“ im Lager der Buchhändler wohl gesagt sein lassen.

Gewerliche Verpflichtung zur Nachzahlung rückwirkender Teuerungszulagen. Am 13. Juni hat das Gewerbegericht in München in einem Klagefalle aus dem Schreinerzweige entschieden, daß der Unternehmer zu einer durch Tarifvertrag vereinbarten Nachzahlung von Teuerungszulagen mit rückwirkender Kraft auch dann verpflichtet ist, wenn für ihn keine Möglichkeit besteht, die dadurch erwachsenen höheren Betriebskosten auf seine Auftraggeber aus der von der Rückwirkung erlittenen Produktionsperiode abzuwälzen. Besonders Bedeutung erhält dieses Urteil noch durch den Umstand, daß es sich gegen einen Unternehmer richtet, der der betreffenden Tarifgemeinschaft nicht angehört, sondern sich nur zur freiwilligen Anerkennung der tariflichen Verpflichtungen gegenüber seinen Arbeitern bekennt hatte. Die Urteilsbegründung stützt sich auf § 1 der Verordnung vom 23. September 1918, die zur Folge hatte, daß tarifwidrige Einzelabmachungen kraft des Gesetzes unwirksam und durch tarifmäßige Bestimmungen zu ersetzen sind. Der Beklagte hatte sich früher schon allen Abmachungen der an den Tarif gebundenen Unternehmer und Arbeiter aus freien Stücken unterworfen, durfte sich daher auch nicht den Bestimmungen über die Rückwirkung der betreffenden Teuerungszulage ab 1. April entziehen.

Einkommenerklärung der Unternehmer. Aus Unternehmerkreisen hört man ständig nur Klagen über den „schlechten Geldschlupf“ und die „hohen Löhne“ der Arbeiter. Wie es mit der Wahrheit solcher Tiraden bestellt ist, zeigt uns ein kleiner Auszug aus dem Württembergischen Steuerkalender. Es handelt sich hierbei nur um Stichproben aus dem Selbstschätzungsregister der Steuerzahler aus Unternehmerkreisen, die folgendes Bild ergeben:

	1915	1916	1917
ein Startoffhändler . . .	18 000	56 200	170 000
„Bekleidungs-“ . . .	1 830	34 000	112 000
„Lebensmittelhändler“ . . .	—	19 200	324 000
„Bekleidungs-“ . . .	41 000	110 000	202 000
„Konfektionshändler“ . . .	70 000	100 000	146 000
„Zigarrenhändler“ . . .	12 000	35 000	135 000
„Zigarrenhändler“ . . .	72 000	142 000	272 000
„Papierfabrik“ . . .	210 000	481 000	2946 000
„Papierfabrik“ . . .	31 000	160 000	556 000
„Metallwarenfabrik“ . . .	99 300	559 000	1 225 000
„Schloßermester“ . . .	6 000	7 800	50 000
„Dampffägewerk“ . . .	10 000	50 000	300 000
„Bankdirektor“ . . .	68 000	145 000	346 000
„Bankdirektor“ . . .	130 000	175 000	225 000
„Generaldirektor“ . . .	154 000	482 000	1 090 823
„Laduhändler“ . . .	3 000	34 000	70 100
„Trauerhulfabrik“ . . .	40 000	100 000	201 000
„Papelenhändler“ . . .	4 000	18 000	60 000
„Kostelbitt-r.“ . . .	27 000	28 000	117 000

Bei der Beurteilung vorstehender Ziffern ist zu berücksichtigen, daß es sich um freiwillige Angaben zur Einkommenerklärung handelt. Damit ist also noch nicht das tatsächliche Einkommen festgestellt, was sicherlich noch ganz andre Ziffern aufweisen würde. Aus dieser zuverlässigen Zusammenfassung kann man klar erkennen, wie das Einkommen meist 5—10fach gesteigen ist; also genau so, wie die Preise für den täglichen Bedarf. Wie steht es nun aber mit dem Lohn der Arbeiter? Gibt es eine Arbeitergruppe, der das 5—10fache von 1914 bewilligt wurde? Die Antwort ist wohl überall die gleiche. Trotzdem wagen es die Unternehmer, von den „wahnsinnigen“ Forderungen der Arbeiter zu sprechen.

verschiedene Eingänge

„Der Maschinenmeister im Buchdruckerzweige.“ Mitteilungen der Zentralkommission der Maschinenmeister Deutschlands, Nr. 2, 9. Jahrgang. Aus dem Inhalt: Technische Notizen für das graphische Gewerbe. Praktische Hinweise für Mischdrucker. Zu beziehen durch H. Seher, Berlin SW 47, Bismarckstraße 8.

„Für eine Unternehmenseinzel.“ Von C. E. Hermann Schmidt. (Schriftleitung des Werberaus. Nr. 3.) Preis 2 Mk. 1919. Verlag: Der W. Verlag, Berlin W 23, Marienstraße 11.

„Richtlinien.“ Zeitschrift für internationalen Kommunismus. Neuauflage von Julius Borchardt. Nr. 8, 4. Jahrgang, 1919. Erscheint alle zwei Monate. Preis 20 Mk. Verlag der „Richtlinien“, Berlin-Gieselerde, Hedwigstraße 1.

(S. 1. Seite des Eingangs)

Stimmungen und Regungen hüben und drüben

Mit Schlaglichtern aus dem Gehilfenlager und damit zusammenhängenden Komplexen wollen wir nun zum Schluß kommen, und zwar noch mehr im Autotempo als bei den vorausgegangenen Streifen. Das, was vom Verbandsleben und seinen Nebenabzweigungen in Nr. 88 ausgeführt worden ist, gestaltet uns, hier nur das farblichste Gebeiß bzw. die auf diesem Untergrunde vorhandenen Stimmungen und Regungen auf Gehilfenliste in Scheinwerkerstrahlen zu zeigen. Hauptsächlich in dem, wie sie aus den nichtredaktionellen Artikeln zum Vorschein kommen. Dabei kann ein besonderes Eingehen auf die dennoch reichliche und vielbesagende Tagesordnung des Tarisausschusses unterbleiben, weil wohl fast alle Punkte auch so berührt werden; dann in Hinblick auf das in dem Artikel voriger Nummer supponierte Gefüge sowie das in den beiden Artikeln des Hauptblattes dieser Nummer auch mit Treffsicherheit Behandelte. Wir möchten aber nicht unterlassen, dem ohne Frage sich sehr schwer gestaltenden Verhandlungen in dieser Woche doch einen annehmbaren Ausgang zu wünschen, weil wir auf das oft bewiesene Geschick und die Hingebung unserer Tarif- und Organisationsvertreter bauen, die nicht Tribunen sind mit Anglistischen auf das Forum, sondern Männer, die gereiften Verstand und gerade Ehrlichkeit besitzen. Das rampenlose Regieren auf dem Chamissoplatz wie das öffentliche Dirigieren in der Salomonstraße ist noch nie so schwer und zeitgebräuhren Marken Wechselfällen anvertraut gewesen als gegenwärtig, wenngleich die künftige Friedenskonferenz in der Friedrücksstraße mit eifrigem Streben auszugleichen oder doch die schlimmsten Ecken abzurunden trachtet. Für manchen, der in den letzten Wochen mit unerklärlicher Sicherheit über Dinge geredet und geschrieben hat, die er schlecht versteht oder durch punktschwärzliche Praktiken unserer Sachwaltern die Situation nicht erleichtert hat, könnte die beste Bekehrung und die gerechteste Strafe sein, die Funktion als Stellvertreter für die Brandkatzen von der andern Seite auszuüben. Wenn jedoch das Ringen in Berlin wieder vorbei und Gehilfenvertreter wie „Korr.“ den neuen Verhandlungsstellen zu verknüpfen und zu erläutern haben, dann nicht dem Egoismus des Eigenwillens die Empfindungsbahnen geöffnet, sondern den Nützlichkeiten für die Gesamtheit als maßgebend betrachtet und gerecht gewürdigt!

Die Stimmung in der Gehilfenchaft wird durch die in voriger Nummer bekanntgegebene Unstärkbarkeit des Prinzipalsantrags auf Abbau der Feuerungsanlagen wunderbare Belebung finden. Die Leuten werden die Ersten sein! Unsere Prinzipale wissen dieses Evangelistenwort fürwahr an ihrem Besten zu kehren. Sie sind damit erst nach der Sitzung der Sonderkommission herausgerückt. Aus ihrem Antlitz ist noch herauszulesen, daß nach dem 31. Dezember d. S. die zweite Expedition mit dem Abbauen vor sich gehen soll. Nun, bei Pöhlpl werden wir uns wiedersehen! Wie sehr wir in unserm Gewerbe mit den Vöhen in Hinterzügen uns befinden, zeigt die berufsgenossenschaftliche Statistik. Sind wir Buchdrucker darin auch stark in der Minderheit — mit den Lehrlingen im Jahre 1917 nur 46019 Personen, gegenüber 97802 sonst Versicherten —, wodurch unsere Löhne wesentlich niedriger erscheinen, so ist doch der Gesamtstand vergleichbar mit dem von andern Industrien. In Nr. 87 brachten wir eine Übersicht der von den Berufsgenossenschaften der Metallindustrie ermittelten Löhne. Dort im Jahre 1913: 2600; nach den Auswahlen unserer Gewerkschaft 1913: 1218, 1917: 1394, 1918: 1794 Mk. In der Metallindustrie gegen 1913 eine Steigerung von 85 Proz., bei uns nur 47 Proz.; gegen 1917 bei uns 29 Proz., in der Metallindustrie 23 Proz. Im laufenden Jahre wird sich die Differenz gegen 1917 noch mehr zu unsern Gunsten verhalten. Aber gegen die Friedenszeit sind wir doch gar zu rückständig, auch bei Würdigung der Kriegswirtschaftselgenenschaft der „Metaller“. Nach unsern Aufzeichnungen über die Ertragsliste der gewerkschaftlichen Unternehmungen in unserm Gewerbe steht es nicht so schlimm, wie man glauben macht. Die Produktionsverwertung wirkt gewiß auf die Auftragswilligkeit zurück und hat mehr Arbeitslosigkeit im Gefolge. Wenn zu ihr jetzt auch die Prinzipale indirekt Mittel aufbringen müssen, indem das Entlassen erschwert worden ist — der Kollege aus Breslau irt in seinem Artikel (siehe Hauptblatt), wenn er die Prinzipale von einer Kranzgebung noch frei wähnt —, den Nachteil haben in der Hauptsache doch die Gehilfen zu tragen durch größere Arbeitslosigkeit. Wir behalten uns eine Zusammen-

stellung von Dividendenverteilungen vor. Weitere und durchschlagende Argumente bringt der zweite Artikel im Hauptblatt sowie die nachfolgende Auslandsrevue. Die Schweizer und die österreichischen Prinzipale werden die deutschen wohl mit ganz verwunderlichen Augen betrachten.

Die Geheißmachung unfers Tarifvertrags hat den Kollegen Schmidt aus der Fassung gebracht; wir haben seinen Artikel noch gemildert, weil er zu sehr vorbei trifft. Die Dortmunder Kollegenchaft stellt sich auf den entgegengelegten Standpunkt, sie verlangt sie; jedenfalls, um ein stärkeres Druckmittel zu haben gegen Versuche, nicht vertragsmäßig zu bezahlen. In dieser Beziehung hat man mehr erlebt, als nach außen bekannt ist. Leider finden die Prinzipale mit Sonderabmachungen usw. manchmal noch Glück. Man lese den Zwischakter Vertrag in dieser Nummer. Es kann sich also nur um einen weiteren Druck von den Behörden aus handeln. Die Gestaltung der tariflichen Bedingungen würde lediglich Sache der kaiserlichen Instanzen sein, auch die jeweilige Umgestaltung. Der Paritätsausschuss kann andere Bindungen nicht beabsichtigen oder eingehen.

Hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit haben wir schon zur Maltage eine gewisse Notwendigkeit anerkannt. Wir Buchdrucker waren ja dank unserer Tarifgemeinschaft nicht mehr vom Achtstundentage so weit entfernt wie viele andere bzw. die meisten Arbeitergruppen. Dem Artikel des Kollegen Lehmann (Nr. 92, Beilage) hinsichtlich der Maschinenleher wäre bestimmter Rechnung zu folgen. Was in der Schweiz gegangen und was in Amerika geht, kann in Deutschland nicht ganz unmaßgeblich sein.

In den Lokalaufschlägen soll nun ein besserer Ausgleich durch völliges Anpassen an das Serwischaftssystem erfolgen und die Kilometerbegrenzung soll aus dem starren Modus herausgebracht werden. Die Kollegenchaften kleiner Druckorte befinden sich aber auf dem Holzwege mit dem Verlangen nach neuen Zuschlägen. Für über 600 Orte haben wir schon Lokalaufschläge, so kann es doch nicht weitergehen. Eine spätere Zeit muß völlige Änderung bringen: Hohes Minimum im allgemeinen und dann nur zweierlei Lokalaufschlaggruppen. Das wäre auch preistariflich viel gesünder. Seht ihnen wir in der Sache.

Man hat auch Klage vernommen über Abwanderung von Druckausrägen nach dem Ausland. Wäre dem in dem behaupteten Maße so, dann wäre die billigere Produktion jenseits für uns ein großer Nachteil. Aber man steigt ja nach in den Röhren. Soweit wir feststellen konnten, war bei den im Ausland hergestellten Blättern der Papiermangel in Deutschland der Beweggrund, hauptsächlich verschuldet aus der Kriegenot. Es liegt also viel daran, ob es gelingt, die deutschen Bergleute sparsamlich mehr zu entschicken und den Bergherren ebenfalls mehr Mores beizubringen. In diesem Zusammenhang ist einiges noch im Schlußwort zu lesen. Der Deutsche Buchdruckerverein hat nach überlandten Zeitungsaustritten jetzt wieder durch Aufrufe in der Presse um Aufräge geworden. Das verleiht auch von unserer Seite anerkannt zu werden und von den Arbeitslosen nicht zuleht.

Der „Korr.“ als Sprachrohr der Gehilfenchaft müßte noch zu einigen besonderen Ausführungen. Es könnte ausfallen, daß wir über Dinge außerhalb des normalen Lautes, sofern davon überhaupt noch zu reden ist, so gut wie nichts bringen. Dazu ist zu sagen, daß wir selten direkt unterrichtet sind über solche Vorgänge, die in Berlin, Breslau, Gieslitz, Gießmünde, Hamburg, Nürnberg usw. während der letzten Monate und Wochen zu völliger oder teilweise Minderleistungen der Zeitungen tageweise oder bis zu zwei Wochen geführt haben, worüber wir, insofern sie nicht durch unvermeidbare Folgeerscheinungen von politischen Streiks (Gehlen von Strom, Gas und Papier) entstanden sind, unsere abwesende Meinung schon deutlich genug in diesen Artikeln gesagt haben. Es muß von den beteiligten Orten selbst wahrheitsgemäß und nicht beherrschend darüber berichtet werden, da sonst, wie von Nürnberg, eine falsche Auffassung entstehen kann. Nachdrücklich bemerken wir jedoch bei dieser Gelegenheit, daß überall die örtlichen Vorstände und die Tarifunktionäre die Zügel und die Fäden fest in der Hand zu behalten haben. Betriebsräte oder Einzelpersonen dürfen nicht zu Disponenten werden, wo die gewerkschaftliche Allgemeinheit zu bestimmen, wo bestehende, selbst geschaffene und manchmal erst langsam erstirrende Einrichtungen zur Entscheidung vorhanden sind oder durch neue geschaffene ein legaler Ausweg möglich gemacht ist.

Die wieder sehr beliebte Artikeldebatte hat leider kein geistiges Aufwachen gebracht. Von der Meinungsfreiheit haben wir uns wieder zu wenig Gebrauch gemacht, denen wir immer das Tor öffnen, mag auch manchmal die Vertilgung gewisser Darlegungen ganz offensichtlich sein. Es wundert uns aber, in jedem Falle das in korrigierenden Bemerkungen zum Ausdruck zu bringen, deswegen ist in den hier direkt vorweggehenden Ausführungen Verschiedenes noch etwas illustrierend gerade gerückt worden; eigentlich hätte einiges mehr gesagt werden müssen. Schwerlich lassen sich Redaktionsbemerkungen „auf freier Tat“ immer vermeiden, jedoch schließt man nicht auf Zustimmung, wenn schlechte Redaktionen ohne Kosten hinausgehen. Das Argte wurde jedenfalls mit dem Düsseldorf Artikel „Bin die Führer der Arbeiterchaft“ in Nr. 76 geboten, der den Kollegen Meis (Köln) in Nr. 84 zu einer Strafkolonie über oberflächlich und unobjektives Urteilen auf den Plan rief, weil ihm könnte man auch dem Verfasser von „Was wird aus unserer Tarifgemeinschaft?“ in Nr. 86 mißbilligend mit der Frage entgegenzutreten: „Sont nichts?“ Wenn er die Bekehrtheit in seiner Meinung über die Tarifgemeinschaft so weit treibt, daß er mit dem starken Anwalt unserer Organisation ihre beste Seite hervorhebt, dann sei ihm des Raumes wegen nur das eine erwidert: Dieser alte Frosch der Tarifgemeinschaft wird jetzt erst der Revolution für die Allgemeinheit der Arbeiterchaft als Hauptverpflichtung angesehen! Wenn die Redaktionsleitung sich auch auf das Mißlichschreiben überträgt, so wollen wir doch das Gebot der Objektivität nicht einfach preisgeben lassen, Bedenkschäften solcher Art könnten noch mehr aufgesetzt werden.

Durch gleichzeitige Gegenüberstellung von Artikeln desselben Themas ist auch den Lesern augenfällig gemacht worden, wie sehr die Meinungen auseinandergehen. Das ist eine Korrektur von Versehenbesten schon in sich. Was aber aus kleinen Orten — manchmal gar aus solchen, die für die Organisation und wohl auch für den Tarif erst jetzt erstehen wurden — alles zutage gefördert worden ist über ihre den Großstädten gleich üble Lage, war bisweilen nicht mehr zu verkauen. Sind solche Kollegenkreise auch in den Lebensmittelpreisen nicht viel besser gestellt, so ist doch in den Mieten, in den Steuern, in den Verkehrs- und auch in den schlechtaushaltkosten sowie in den Aufwendungen für Bekleidung und Wärme eine starke Unterschiedlichkeit unbestreitbar. Aus einem derartigen Artikel strahlen wir letzten die Steuerangabe, weil sie uns lächeln mag; halten wir doch gerade von einem kimpferreichen Leipziger Kollegen in nicht einmal hervorgehobener Stellung gehört, daß er das Strohbedeckte (508 Mk.) für ein Halbjahr bezahlen sollte. Die alte Waise „Verkehrs- und Verble“ ist auch wieder so oft gebracht worden, daß man fast annehmen könnte, die Verkehrsarten seien besser daran. Man stelle doch die Dinge nicht auf den Kopf und verbillere nicht noch die eigenen Kollegen, die sich mit ihren Familien förmlich verblühen. Ältere lebige Kollegen, die sich in ähnlicher Lage wie verheiratete befinden, können wohl schon eine Ausnahme finden. Doch sonst warte man bis zur Tarifrevision, die wieder zur Gleichstellung führen wird. Es werden ja auch fast überall bei den Feuerungsanlagen solche Unterschiede gemacht. Die Kinderzulagen wären an sich berechtigt; sie haben aber bei ihrem kurzen Bestehen gezellig, daß die Prinzipale so Untercheidungen bei Einstellungen zu machen wissen, die für die betreffenden Kollegen nachteiliger sind als der gegenwärtige Zustand.

Nachdem nunmehr die Artikelhochzeiten zu einem Abschluß gekommen ist, möchten wir etwas deutlicher als bei früherer Gelegenheit erklären, daß wir in Zukunft mehr „Freie Bahn dem Richtigem“ gewähren werden. Dieses ewige Umarmen wird zur Plage, doch wenn man es weniger ähnen würde, wäre häufig der Wert eines Artikels nicht einmal mit den sehr hohen Papierkosten in Einklang zu bringen. Der Raum des „Korr.“ soll aber für diejenigen, die etwas schreiben können, das Hand und Fuß hat, nicht beschränkt werden.

Ein Rundblick über die unternommenen Streiks züge bietet dem prüfenden Auge kein enttäuschendes Panorama. Käßen wir auf die Anlässe in unsern heutigen politischen und wirtschaftlichen Leben noch mehr hinweisen können, was unser Raum nicht gestattet, denn durch die Form dieser Betrachtungen schon wolleste Rücksicht getragen ist, würde der Gesamteindruck noch weniger gut sein. Wenn der krisenhafte Zustand sich in einen mehr nur krankhaften Zustand verwandeln müßte, wäre schon manches gewonnen. Ein größerer Gewinn könnte aber nicht allzu schwer erzielt werden, wenn man drüben, wo

Sehalszuschlag auf 25 Pro. erbittet und die 44-Stunden-Woche zur Einführung bringt. Es wurde eine Entschuldigungsverzögerung von 300 Mk. beantragt, um die so nötigen Anschaffungen zu ermöglichen. Es fanden noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung. Das Jubiläumfest, das für den 13. Juli als Gaalfest vorgelesen war, mußte wegen Saalveränderungen ausfallen. Es findet an dessen Stelle am 24. August ein gemeinsamer Ausflug nach dem benachbarten Unterbach statt.

Müßelbors. (Zusammenkunft der Betriebsausschüsse der graphischen Berufe.) Die Arbeiterauschüsse und Vertrauensleute des graphischen Gewerbes trafen am 5. August zu einer Sitzung zusammen. Im Hinblick auf das angehängliche Gesetz über die Betriebsräte wurde eine feste Vereinigung aller Vertrauensleute des graphischen Gewerbes für notwendig erachtet. Für die Tätigkeit der Vereinigung wurden folgende Richtlinien aufgestellt: Einzelne Wahrnehmung der Rechte und der Geschäftsführung der Betriebsräte; Vertretung der Interessen aller Berufsangehörigen in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften und den vereinigten Betriebsausschüssen Müßelbors; Vorbereitung der Mitglieder für die Aufgaben ihres neuen Wirkungskreises. In den Vorstand der Vereinigung wurden als dergehaltige Mitglieder der Arbeiterschüsse gewählt die Kollegen: R. Witt (Buchdrucker), Krafelstraße 19, erster Vorsitzender; Max Kötter (Seindrucker), zweiter Vorsitzender; Friedrich Sobmann (Buchbinder), Schriftführer; Alfred Körner (Nachschneidmaler), Kassierer; ferner ein Hilfsarbeiter und ein Buchbinder als Beisitzer.

Kr. Oberfeld. (Verteilsjahresbericht.) In der Versammlung am 2. April wurde beschlossen, nach fünfjähriger Pause wieder ein Jubiläumsfest zu feiern. — Die Versammlung am 16. Juni erbat das Andenken des verstorbenen Kollegen Kobmann. In den Prüfungsausschuss wurden die Gelehrkollegen Grewe und Böhfeld und die Drucker Mand und Welter gewählt. Bei Erstellung des Kartellberichts entstand große Unruhe, als Kollege Weber den Antrag der Gewerkschaftskommission vom 7. Mai verlas, wonach in Zukunft die Mitglieder der Reichsvereine bonifiziert werden sollen. Die Kollegen, mit Ausnahme einiger Radikalisten, vertraten einmütig den Standpunkt, daß es nicht Aufgabe der Gewerkschaftskommission sei, sich parteipolitisch zu betätigen, sondern lediglich gewerkschaftliche Arbeit zu leisten und unbedingte politische Neutralität zu üben. Die letzte Zeuerungsulage wurde von sämtlichen Druckerleuten gebilligt. — Das diesjährige Jubiläumsfest wurde mit der Ehrung von 21 Jubilaren verbunden, die auf eine 25-jährige Verbandszugehörigkeit zurückblicken konnten. Sämtlichen Jubilaren wurde seitens des Ortsvereins eine besondere Ehrung zuteil. — In der Versammlung am 1. August referierte Kollege Albrecht über: „Rückblick auf den Gewerkschaftskongress in Nürnberg“. Er führte den Kollegen ein Gesamtbild des Kongresses vor Augen, hervorhebend, daß leider die Zerstückelung der Arbeiter auch ihre Werten in die freien Gewerkschaften hineingetragen habe. Dadurch sei der Kongress außerordentlich wichtige Aufgaben gestellt gewesen. Es sei Aufgabe der Generalkommission der Gewerkschaften gewesen, alles zu verhindern, um eine Zerstückelung einzutreten zu lassen. Die Generalkommission habe ihre Pflicht in volstem Maße getan. In klaren Anrissen das Gesetz über die Aufgaben der Betriebs-, Arbeiter- und Bezirksarbeiterräte vorführend, forderte Referent die Versammlung auf, bei der Auswahl der Kollegen zu den Betriebsräten vorzüglich zu sein, da das Amt der Betriebsräte für die Folge kein leichtes und kein angenehmes sei. Die Sozialisierung strebend, kam Redner zum Schluß auf die Drangsalierung in den besetzten Gebieten zu sprechen; es sei dort heute noch nicht möglich, die Zeuerungsulagen durchzuführen. Das sei die Freiheit, die aus dem Westen kommt, bemerkte Referent. Er schloß mit dem Wunsche, daß die Arbeiterschaft bei der Durchführung der wirtschaftlichen Revolution eintig und geschlossen dastehen, da von der gegenfeitigen Behämpfung der Arbeiterschaft letzten Endes nur die Reaktion den Vorteil habe. Die vortrefflichen Ausführungen des Referenten wurden von den zahlreich erschienenen Kollegen mit großem Beifall aufgenommen. Verschiedene eingegangene Anträge wurden angenommen und dem Kollegen Albrecht zur Weiterbearbeitung empfohlen. Zum Abbau der Löhne bemerkte er, daß, wenn auch die Lebensmittel scheinbar etwas herabgegeben, doch noch nicht an einen Abbau gedacht werden könne. Hierzu hat die Mittelbehörde den Kollegen Albrecht, bei der am 21. August stattfindenden Tarifauschussung ganz energisch Front zu machen.

Königsbrunn. Nach Erledigung von Neuaufnahmen und einer Rednerwahl berietete in der Versammlung am 2. August der Vorsitzende Burchardt über die Konkurrenz in Stuttgart, die sich mit der Zukunft des Verbandes beschäftigen sollte für den Fall, daß Oberfeldler an Polen kommt. Eine Stellungnahme des Verbandsvorstandes zu dieser Angelegenheit lag noch nicht vor. Die Konkurrenz laßt noch keinen endgültigen Beschluß, legte jedoch folgenden Plan protokollarisch fest: Für den Fall der Abtretung Oberfeldens wird ein Gau Politisch-Oberfeldler gegründet, der die gesamten Verbandsgeschäfte übernimmt. Alle bisherigen Leistungen der Mitglieder und des Verbandes bleiben dieselben. Sonst geht alles seinen alten Gang weiter, und es wird niemand in seinen Rechten geschmäler. Mit dem deutschen Verbands wird ein Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen, durch den allen nach Deutschland zurückkehrenden Kollegen die alten Rechte gewahrt werden. Der Vorsitzende erstattete dann den Kartellbericht. Sonnabend, den 30. August, soll ein Sitzungsfest in heimem Rahmen abgehalten werden.

—pt. Reife. Am 10. August fand in Bries eine Bezirksversammlung statt. Dieselbe war von 85 Kollegen

aus den Orten Bries, Reife, Ziegenhals, Neustadt, Oppeln und Krappitz besucht und wurde durch Gesänge des Kollegengangsvereins „Gutenberg“ (Bries) eingeleitet. Hierauf hieß der Vorsitzende Müller besonders die aus dem Felde zurückkehrenden Mitglieder herzlich willkommen. Das Andenken der im letzten Jahre Gestorbenen und Verstorbenen wurde geehrt. Der Geschäftsbericht wies einen günstigen Kasienabschluss auf. Den auswärtigen Kollegen konnte das volle Fraßgeld und 1,50 Mk. extra entschädigt werden. Der Antrag Oppeln, den Bezirksbeitrag um 20 Pf. herabzusetzen, wurde wieder zurückgewiesen. Die Verabschiedung der Vertrauensleute aus den einzelnen Druckorten ergab, daß die letzten tariflichen Zulagen mit einzelnen Ausnahmen liberal gezahlt und die Ferien bewilligt würden. Bei der Stellungnahme zur Tarifauschussung fand über den Abbau der Löhne eine allgemeine Aussprache statt. Man war sich darüber einig, daß an einen Lohnabbau nur in absehbarer Zeit nicht zu denken sei. Es seien wohl etwas mehr Lebensmittel eingeführt, aber noch nicht billiger geworden. Auch die sonstigen Bedarfsartikel seien im Preise noch nicht gefallen; man sei eher der Ansicht, die Löhne noch zu erhöhen. Ein dahin abgefaßter Beschluß ging an den Gesellenvertreter ab. Beim Punkt „Verschiedenes“ behandelte Kollege Beer (Bries) die gegenständige Tätigkeit der Konsumvereine in ausföhrlicher Weise und forderte auf, den Konsumvereinen beizutreten. Zum Schluß machte Kollege Müller noch auf das im November stattfindende 25-jährige Stiftungsfest des Ortsvereins Reife aufmerksam. Die nächste Bezirksversammlung findet in Oppeln statt.

△ Offenbach a. M. Die Versammlung am 9. August fand wieder einmal unter der Präsidenz der bevorstehenden Tarifauschussung. Nach Bekanntgabe einiger geschäftlicher Mitteilungen wurden zu dem gedruckt vorkommenden Quartalsbericht einige Erläuterungen gegeben und im weiteren Verlaufe derselbe genehmigt. Eine längere und teilweise erregte Aussprache führte dann der Punkt „Anträge zur Tarifauschussung“ am 21. August herbei. Auf Grund verschiedener vorliegender Aufstellungen einiger Familien von zwei bis fünf Personen wurde nachgewiesen, daß an einen Abbau der gegenwärtigen Löhne in absehbarer Zeit gar nicht gedacht werden kann. Das Gegenteil muß eintreten. Es sei geradezu unmöglich, mit dem gegenwärtigen Minimum von 100 Mk. sich mit einer mehrköpfigen Familie durchzuschlagen zu können. An einer neuen, nicht unbedeutenden Erhöhung des Lohnes müsse bei den diesmaligen Verhandlungen unbedingt festgehalten werden. Auch an eine gerechtere Verteilung der Ferien müsse gedacht werden, damit es nicht vorzukommen könnte, daß alle verdiente Kollegen, die durch die Ungunst der Umstände gezwungen, einen Konsumwechsel vornehmen müßten, um dieselben gebracht werden. Ein Antrag, der die verschiedenen Monats festlegte, fand einstimmige Annahme. Das einschlägige Material wurde dem Kartellvertreter des III. Kreises übermiffelt. Einige Internas schlossen die Versammlung.

Bezirk Radeberg. Nach längerer Pause hielten die Mitglieder des Bezirks eine Versammlung ab, diesmal in Königsbrunn. Vertreten waren Kamens, Putschnitz, Großborsdorf, Radeberg und Königsbrunn. Kollege Seifert (Königsbrunn) behandelte in längerer Ausführungen die organisatorischen und tariflichen Verhältnisse des Bezirks und brachte schließlich Mitteilungen über die finanzielle Lage des Ganges. In der sich anschließenden Aussprache kam einmütig zum Ausdruck, daß die organisatorischen und tariflichen Verhältnisse im Bezirk Radeberg sehr verbesserungsbedürftig seien, besonders in Königsbrunn; in dieser Beziehung erregte eine Besserung in der Wege zu leisten. Es sei durchaus wünschenswert, daß der Bezirk in seiner jetzigen Zusammenlegung erhalten bleibe und;er nicht, wie beabsichtigt sei, aufgeteilt werde. Man erwarte, daß der Gauvorstand nunmehr diesen Bezirk erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Welter wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Gesellenvertreter bei der bevorstehenden Tarifauschussung, wenn schon eine Erhöhung der Zeuerungsulagen nicht zu erreichen sei, so doch zu einem Abbau der Löhne nicht die Hand bieten werden, da im hiesigen Bezirke von einem Rückgange der Lebensmittelpreise und viel weniger noch der Preise für alle Gebrauchsgegenstände nichts zu spüren sei.

Sorau (M. L.). Die am 2. August abgehaltene Mitgliederversammlung hatte wieder einen vollständigen Besuch aufzuweisen, da die Einführung eines Strafgesetzes von 50 Pf. für unentschuldigtes Fehlen alle auf den Plan rief. Der Ertrag des Strafgesetzes wird zur Beifille von Ausgaben für Fachzeitschriften angewendet. Ein Bericht des Kollegen Seifert über den Sachverhalt der letzten Vorgänge in der letzten Parteidrucker Egan & Co. brachte Aufklärung und bildete mit den Hauptpunkten. Kurz gesagt: Die erfolgte Entlassung sei zu Recht geschehen; es müsse sich jeder Kollege seine Pflicht in Reifung und Gegenleistung vor Augen halten. Den Kartellbericht erstattete Kollege Wehner. Unter „Verschiedenes“ fanden einige wichtige Angelegenheiten ihre Erledigung. — Zu der bevorstehenden Tarifauschussung wurde eine Resolution gefaßt: „Die heute von sämtlichen Mitgliedern beschlossene Ortsvereinsversammlung erlaßt den Gesellenvertreter, mit allem Nachdruck dafür einzutreten, daß der Lokalausschlag für Sorau dem mindesten von Gott gleichgestellt werde, da die Zeuerung am hiesigen Ort am besten dadurch dokumentiert wird, daß die Beamten von der Reichsregierung in die erste Serviceklasse gekommen sind. Außerdem erwartet die Versammlung, daß die Gesellenvertreter für eine bedeutende Erhöhung der Zeuerungsulagen eintreten, da dieselben in gar keinem Verhältnisse mehr zu der fortwährenden Steigerung aller Lebensbedürfnisse stehen.“

—c. Stuckart. Am 13. August fand eine trotz der

Veranlassung, Kart. Kollege Klein; gab eine übersichtliche Darstellung der Punkte, welche die nächste Tarifauschussung beschäftigen werden. Sämtliche Redner waren sich einig, daß bei der gegenwärtig traurigen Lebenshaltung an einen Abbau oder auch nur Stillstand in der Lohnfrage nicht gedacht werden kann. Man muß auch diesmal wieder eine Verständigung bei der kommenden Sitzung erstreben; sollte diese der Standpunkt der alles ablehnenden Prinzipalstelle, wie er in einem durch Zufall in die Hände der „Arbeitsnehmervereine“ gelangten Schriftstück zum Ausdruck kommt, von dem „Arbeitsnehmervereine“ nicht verstanden werden. Die Aussprache zeltigte die einstimmige Annahme folgender Entschlüsse: „Die Kollegenschaft stillt ihr den Verband der Deutschen Buchdrucker und Schriftsetzer stellt fest: Die Lage der Gesellen ist im Verhältnis zur allgemeinen Lebenslage vor dem Krieg um ein beträchtliches schlechter. Sie verlangen von ihren Vertretern für die Forderungen einzutreten, die einer entsprechenden Lebenshaltung vor dem Kriege gleichkommen. Die Mittelbehörde, stillt ihr für diese Forderungen mit aller Energie einzutreten.“ Aber den im kommenden Herbst abzuhaltenden Gauaufschuß der zweiten Vorstehende Schöfer, wobei die Änderung und Anpassung des Gauaufschuß an das Verbandsstatut, Anstellung einer vierten Straß auf dem Gauvorstand, und eventuell einer Stillstrahl, wie solches schon vom letzten Gauaufschuß vorkam, sowie die Regelung der Unterstützung der Witwen von im Weltkrieg gefallenen Kollegen die Hauptformungspunkte abgeben werden. Unter „Verschiedenes“ hielten die Kollegen Klein die sehr guten Ergebnisse der Arbeiterschulung in unterm Gewerbe lobten. Kollegen, welche schon Morale abzustellen waren, lebten sich aus diesem geistigenden Zustand heraus und benutzten diese Gelegenheit, um einmal wieder an Kassen und Maschine zu kommen. Den beiden Kollegen Tammier (Seher) und Dürr (Brüder), welche sich als Lehrer zur Verfügung gestellt hatten, sowie dem Gewerkschafter Herrn Sauter, der an dem Zustandekommen der Kasse hervorstechend beteiligt ist, wurde der Dank vom Vorstand für ihre Mithewaltung ausgesprochen. Herr Gewerkschafter Sauter wird demnächst noch einen allgemeinen Vortrag über die Verhältnisse der gewerkschaftlichen Fortbildung halten. Das Ergebnis der Aussprache mit den Prinzipalisten wegen Entschädigung bei der gegenwärtigen ledigen Stromperiode, in der Lohnfrage die Festlegung der tariflichen festgelegten Lohnhöhe, die Abstellung der Lehrlingszuchtvereine, Tarifanerkennungen, Auforderung zum Eintritt in den Arbeiteramarbeiterbund bildeten den wesentlichen Teil dieses Tagesordnungspunktes. Ein Schriftleiterkollege machte darauf aufmerksam, daß es in unterm Verbands eine Spalte gebe, die kein Zentralkartell habe. Er bat den Gauvorstand, bei den ausführenden Stellen dahin zu wirken, daß, trotz einzelner Einseitigkeiten der Besserstellen im Lokalkartellen dem Zentralkartell der Schriftleiter auf Grundlage des Buchdruckerartikels in Deutschland Eingang verschafft werde. Das ging sehr am besten, weil es sich hierbei nur um eine einmalige Weigerungsbesserung, statt vielleicht später um einen Lohnabbau handle. Diese Anregung fand Zustimmung. Zu Beginn der Versammlung wurde das Andenken der drei verstorbenen Kollegen Götter, Kottwitz, Em. Kamm (Seher) und Rudolf Saha (Brüder) gelehrt.

Erter. In der Bezirksversammlung vom 3. August hielten wir wieder einen gefallenen Kollegen zu gedenken, des Seigers, Kottwitz, Sander. Nach Aufnahme eines Kollegen machte der Vorsitzende Seife zunächst einige Mitteilungen, u. a. auch, daß die Druckerleider in Merzig Kasperl sei. Einen breiten Raum nahm wieder die Angelegenheit der Firma „Vib“ ein, da man über die Verhandlung des Vertrags, seitens der Saarbrücker Tarifschiedsgerichtsmittglieder, nicht sehr erbaunt war. Diese Herren halten bei der in Erter stattfindenden Verhandlung wegen unredlichlicher Massenführung mehr Interesse, möglichst schnell wieder nach Hause zu kommen, als die Sache ordnungsgemäß zu erledigen. Es soll dieserhalb an das Kartell geschrieben werden. Der Satz im Bericht über die letzte Versammlung, daß den Entlassenen unbedingt die Karten zu entzögen seien, hat zu der irrtümlichen Meinung Anlaß gegeben, als ob die Firma Vib sich dessen gewertig hätte. Es soll hier ausdrücklich festgelegt werden, daß dies nicht der Fall war, sondern anstandslos ohne weiteres bezahlt wurde. Drei Anträge wurden in dieser Versammlung eingebracht: 1. Verpflichtung, mindestens alle drei Monate die Vertrauensleute der einzelnen Geschäfte zu gemeinsamen Sitzungen zu laden; 2. tarifliche Nachweklungen über die Lebenshaltung durch zehn Kollegen machen zu lassen; 3. den Kollegen, welche sechs Wochen ununterbrochen krank sind, eine einmalige Zeuerungsbeifille von 50 Mk. zu zahlen. Diese drei Anträge wurden angenommen. Durch die Erinnerung unterm Vorsitzenden Max Seife zum Geschäftsführer der neu errichteten Parteidrucker hülte sich die Wahl eines neuen Vorsitzenden nötig gemacht. Als solcher wurde der Kollege Joseph Arens gewählt. Dem bisherigen Vorsitzenden wurde für seine großen Verdienste der besondere Dank der Versammlung ausgesprochen. Den Schluß bildeten einige Angelegenheiten lokaler Natur.

Wahlau (Stpr.). Eine Bezirksversammlung fand hier am 3. August statt. Erschienen waren der Gauvorsteher Reiner und zwei weitere Gauvorstandsmitglieder, außerdem aus acht Druckorten 31 Kollegen. Kollege Schmalz (Wahlau) behandelte den Gauvorstand sowie die auswärtigen Kollegen. Darauf ertagte Gauvorsteher Reiner, das Wort zu seinem Vortrag: „Organisationsleben und Tarifgemeinschaft“. Er verstand es, seine Zuhörer von Anfang bis zu Ende an seine Interessen und lehrreichen Ausführungen zu fesseln. Welcher Beifall beifolgte den Redner. Dann folgte die Aussprache. Unter

andern wurde der aus dem Prinzipalpalast heraus-
schallende Ruf nach „Abbau der Löhne“ eingehend be-
trachtet. Die Versammelten erwarteten, daß bei der Tarif-
ausübung die Lohnverhältnisse der Gehilfen eine we-
tere, den teuren Preisen entsprechende Erhöhung erfahren
würden. Außerdem erwarteten die Provinzialkollegen eine
Gleichstellung in bezug auf Lohn mit den Großstadt-
kollegen. Denn in den meisten Fällen muß der Provinzial-
arbeiter leben als der Großstädter. Die Kollegen der Städte
Wehla (sech Kollegen) und Tepla (drei Kollegen)
schlossen sich mit Genehmigung des Vorstandes zu einem
Druckverein zusammen, der den Namen Drucker-Wehla
führte. Die Kollegen Gaukassierer Krause (Königsberg)
und Schrade (Braunsberg) hielten die Tausreden. Der
Druckverein Braunsberg erreichte uns durch seinen Gesangs-
verein mit herrlichen Weisen. Herrlichen Dank auch an
dieser Stelle dem Dirigenten, Kollegen Schrade, sowie den
übrigen Sängern. Viel zu schnell verfloßen die gemüth-
lichen Stunden. Der neugebildete Druckverein Wehla
bittet um Unterstützung von Büchern, die eventuell in Biblio-
theken einbehalten sind. Eventuelle Sendungen und Zu-
schriften (siehe, daß noch kein Vorstand gewählt ist, an den
Kollegen Schrade in Wehla (Ostpr.), Stallstraße 40, zu
richten.

Weimar. In der außerordentlichen General-
versammlung am 8. August hörte man in den Vor-
berathungen zu der Tarifausübung wieder manches
Nagelgeb. Vom jüngsten bis zum gereiftesten Kollegen
wurde Klage geführt über die immer höher steigenden
Inlandslebensmittelpreise. Lin die Schaffung eines eignen
Seins sei bei diesen Verhältnissen gar nicht zu denken;
nur die paar Broden vom Milliar könnten einem Ver-
braucher über die Bekleidungskosten hinweghelfen,
da Neuanfassungen bei diesen Löhnen ausgeschlossen seien.
Da höhere Summen zum Ausgleich wieder in Vorschlag
gebracht wurden, einigte man sich zu folgender Ent-
scheidung: „Der Vorstand wird beauftragt, die einwand-
freien Feststellungen in der Versammlung, daß die Preise
der Lebensmittelbedürfnisse, Steuern und Mieten wieder
im Steigen begriffen sind, an die entsprechenden Stellen
weiterzugeben, und daß deshalb eine Erhöhung der Teu-
erungszulagen notwendig ist.“ Auch die Verärgerung der
Arbeitswelt wurde in Erwägung gezogen und die be-
achtete Eindämmung der Arbeitslosigkeit durch die Ein-
führung der Ferien nicht unerwähnt gelassen.

Wismar. Inse am 27. Juli stattgebende Versam-
lung besahe sich u. a. mit dem am 13. Juli gefassten Be-
schlusse der Hauptversammlung des Bezirks II des Kreises X
des Deutschen Buchdruckervereins. Nach einer längeren
Aussprache wurde nachstehende Resolution einstimmig an-
genommen und unsern Gehilfenvertreter übersandt: „Die
am 27. Juli d. J. in der „Wallhalle“ tagende Versam-
lung des Druckvereins „Gutenberg“ Wismar erhebt schärfsten
Protest gegen den in der Hauptversammlung des Bezir-
ks II des Kreises X des D. B. V. erhobenen Beschluß,
bei den im August stattfindenden Lohnparaverhandlungen
den Abbau der Löhne vorzunehmen. Wir fassen diesen
Beschluß als eine Provokation der Gehilfenchaft auf, der
man nachgerade alles zu bieten wagt. Von der Talsache

ausgehend, daß bei allen bisherigen Teuerungszulagen,
die doch immer wieder auf das große Publikum ab-
gewälzt wurden, die Prinzipale diejenigen waren, welche
sich jedesmal aufs neue gesund gemacht haben, leben wir
in den bis her erreichten Löhne nur das allerantwortigste
Christenministerium, was zum täglichen Lebensunterhalte
notwendig ist. Wir verlangen von unsern Gehilfenver-
tretern, daß sie mit allen Mitteln für eine neue Lohn-
erhöhung eintreten, da wir bis jetzt noch die am schlech-
testen bezahlten Arbeiter sind, die sich durch die fort-
währende Steigerung für alle Lebensmittel (auch Kohlen,
Stroh, etc.) gut begründen läßt. Wir führen noch
an, daß die Buchdrucker diejenigen Arbeiter sind, deren
Lohn zuletzt aufgebessert, und geben uns der berechtigten
hoffnung hin, daß wir nun auch die letzten sein müssen,
bei denen an einen Abbau gedacht werden kann.“

Zwickau. Inse ehrwürdige Schwannstift, die vor
24 Jahren den letzten Buchdruckerstreik erlebte, stand
dieser Tage vor dem Ausbruch eines Generalstreiks
der Buchdrucker aus Solidarität. Gewillermögen
standen schon seit langem am wirtschaftlichen Himmel,
denn die unaufhaltsam steigende Teuerung und die unzu-
fänglichen Löhne hatten eine schwüle Atmosphäre ge-
schaffen. Es kam aber glücklicherweise nicht zur Entladung.
Bei der Durchführung der letzten Teuerungszulage ver-
suchten nämlich einzelne Prinzipale, von dem angepriesenen
Schlachterischen Rezept Gebrauch zu machen, worin be-
kanntlich den Prinzipalen angeraten wurde, mit ihren
Gehilfen ein Sonderabkommen dahin zu treffen, daß diese
auf einen Teil der Teuerungszulage und freien verzichten
sollten. An dem Widerstande schickerte aber die An-
wendung des Rezeptes. Nur eine Firma, J. Hermann
in Zwickau, die noch drei bemoste N. V. zu ihrem Ge-
hilfenstand zählt, riskierte den Versuch, wobei sie bei den
Arbeitsmitgliedern selbstverständlich ein williges Ohr fand,
während die Verbandsmitglieder das zugewiesene Ab-
kommen ablehnten. Darauf erfolgte deren Kundgebung.
Die Sache wurde dem Tarifschiedsgericht zur Entscheidung
überwiesen; dasselbe gab jedoch die Klage an den
Schlichtungsausschuß zur unbilligen Regelung ab. Der
Schlichtungsausschuß erklärte sich aber nicht für zuständig,
weil dieser Betrieb in der Regel keine 20 Arbeiter be-
schäftigt. Die Firma J. ging somit als Sieger aus der
Märe heraus. Nun bot diese Angelegenheit den andern
Prinzipalen die Handhabe, ebenso zu handeln, da sie ja
dabei nichts zu verlieren hatten, sondern nur zu gewinnen
meinten. Das leuchtete der Gehilfenchaft sofort ein, was
die angehäufte Mißstimmung aufs äußerste steigerte und
die schließlich zu dem Beschluß in gebelter Abstimmung
führte, in allen Buchdruckerbetrieben die Arbeit einzu-
stellen, um den gehänglichen Kollegen Genugthuung zu ver-
schaffen und Nachahmungen vorzubeugen. Es wurde jedoch
vorher noch unter Mitwirkung des Oberbürgermeisters
Solz ein Einigungsversuch unternommen, der zu dem Er-
gebnisse führte, daß die zwei verheirateten Kollegen wieder
eingestellt werden, während der ledige Kollege zu entlassen
sei. Die wieder eingestellten Kollegen sind bis 31. August
zu tariflichem Lohne voll, vom 1. September ab, wenn
der Arbeitsmarkt noch anhängt, jedoch abwechslungsweise

zu beschäftigen. In der Mißbilligungsverammlung, in
welcher über das Ergebnis Bericht erstattet wurde, löste
der Vergleich zwar keine Befriedigung aus, man gab aber
denfalls in Anbetracht der etwaigen Verhältnisse seine
Zustimmung und hob den gefassten Beschluß über den
Generalstreik wieder auf, der andernfalls hätte durch-
geführt worden wäre. Auf diese Weise wurde Zwidau
von der Stilllegung in sämtlichen Druckereien bewahrt.

Briefkasten

B. A. in Z. Die drei letzten Hefen sind abgelesen worden,
weil der Inhalt nicht mehr zu der Rubrik paßt; werden Ihnen,
wie sich das noch vermeiden läßt. — H. G. in Z. Stimmt nach der
„Selbst“ daron. — H. G. in Z. (H) geht aus einer bestimmten Ar-
beitsmaterie herausgestellt worden, kann aber nicht mehr
nehmen. — G. S. in Z. (H) außerordentlich prompt Antwort noch
kollegialer verbindlichen Dank! — G. S. in Z. Auch die neue
Sendung hat wieder freudigen Empfang gefunden. In einigen Wochen
mündliche Dankherstellung. — G. S. in Z. (H) haben Ihre
Karte dem zuständigen Gehilfenvertreter zugelegt, der die be-
treffende Angelegenheit mit möglichster in Ordnung zu bringen
versuchen wird. In res. Grachten könnte nur eine Gehilfenchaft des
Tages solche Mißstände tolllos beistimmen. — A. v. A. in Z. (H) Selber:
„Die Organisation der Buchdrucker“, gebunden 9,85 Mk.; oder
Eüüberlich: „Buchgewerliches Hilfsbuch“, gebunden 5,25 Mk.;
beide Bücher sind porlos durch den Verband der Typographischen
Gesellschaften, C. v. J., Salomonstraße 8, zu beziehen. — G. W. H.
S. (H) eingegangen und wird in nächster Nummer immer noch
rechtzeitig erscheinen. Im übrigen besten Dank und alle Anerken-
nung für den in besonderem Ausmaß durch den Gehilfenvertreter
Standpunkt, obwohl wir in diesem Fall entgegengelegter Auffassung
sind und bleiben. (H) Grühl. — H. S. in Z. (H) 3,90 Mk. —
G. S. in Z. 3,30 Mk. — A. M. in Z. 1,30 Mk. — P. M.
Epre: 4,10 Mk.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
Im Gau Schleswig-Holstein der Geher Hans Rosenbek, geb.
in Hemsb. 1877, ausgel. dal. 1897; war schon Mitglied. — Martin
Prüfer in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

Versammlungskalender

Breslau. Nachmitags Generalversammlung Sonntag,
den 31. August, vormittags 10 Uhr, im „Goldenen Lachs“,
Arztenerstraße.
Pöbhn. Versammlung Sonntag, den 24. August, vormittags
9 Uhr, im „Vereinsgarten“ (Salon).

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Zum Schwelme! — Stand und Aussichten der Lebens-
haltung. — Über die Gehilfenchaft des Tarifs. — Fragen der
berühmten Unternehmung bei Arbeitslosigkeit. — Inre Arbeits-
losigkeit. — Die Arbeitslosigkeit bei den Druckern. — Rationen!
Zur Fahrenfrage! — Stimmungen und Regungen Wöben und
drüben (Schluß).
Das Buchgewerbe im Auslande: Österreich. — Ungarn. — Tschecho-
Slowakei. — Schweden. — Finnland. — Großbritannien.
— Dänemark. — Vereinigte Staaten von Nordamerika. — Auba. — Japan.
Australien.
Korrespondenzen: Alfenstein. — Dortmund. — Düsseldorf. — Ober-
seid. — Königsberg. — Neisse. — Offenbach. — Radeberg. —
Sorau. — Stutlgart. — Trier. — Wehla. — Wismar. — Wismar.
Zwickau.
Anschau: Jubiläumadresse für den Deutschen Buchdrucker. —
Ferienverweigerung. — Zur Bekämpfung der Gasnot für Ge-
malchinen. — Gründungsfeier. — Zur Nachprüfung im Leipziger
Buchhandel. — Gehilfen Vertretung zur Nachprüfung über
wärtiger Teuerungszulagen. — Einkommensteigerung der Unter-
nehmer.

Die Buchdruckerkunst

Vochlebrbuch I. Rang 12,90 Mk. Der Schriftsetzer 6,60. 30 Unterrichtsbriefe
für Schriftsetzer 37,50. 30 Unterrichtsbriefe für Buchdrucker 37,50. Die verschie-
denen Reproduktionsverfahren 8,25. Der Maschinenmeister an der Schnellpresse
4,95. Der Maschinenmeister an der Tiegeldruckpresse 4,95. Der Schriftsetzer
3,60. Der Buchdruckerlehrling 3,60. Ausgleichen der Formen 2,75. Brau-
liches Papierhandb. 6,60. Der Altkalender 18,50. Ornamentieren im Buchdruck
2,20. Wörterbuch der gebräuchlichsten Ausdrucksdrücke 2,20. Zusammenstellung
Konstruktion und Behandlung der Schnellpresse 3,30. Typographisches Zeichen
19,80. Schriftsetzer 19,80. Der Korrektor und Revisor 4,95. Hieroglyphen-
Scheitel 2,20. Jurichung und Druck von Illustrationen 3,30. Farbendruck für
Buch und Einbinder 8,75. Typographischer Schriftentwurf 4,95. Allographie
3,30. Wirkungsvolle Inserate 11.— oder 8,80. Rechtschreibung (Wöben) 7,15.
Der Buchdrucker 13. Rechener 4,70. Rechner 2.—. Buchführung 5,75.
Nützliche Weisheit 5,75. Französisch 5,75. Englisch 5,75. Fremd-
wörterbuch 5,75. Rechtsformularbuch 5,75. Rechnen 5,75. 6000 Rezepte zu
Sandesartikeln 15.—. Geier Zan und seine Sitten 5,75. Geschäfte und Privatbesit-
steller 5,50. Kauschbuch 3,35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3,20.
Preisgekröntes Verbruch der Randwirtschaft 13,35. Gegen Nachnahme.
R. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin 109 E, Annenstraße 24.

**Schiffker, Hoffer
Schriftsetzer**
In allen Scharfen bewandert, sucht sofort
Stellung. [342]
Angebote mit Lohnangabe an
Otto Geyssler,
Blumstraße (Mansfelder Gebirgshele).

Schriftsetzer
In allen Scharfen firm, sucht sofort
Stellung. [331]
Ernst Alledoch,
Sargburg (Eibe), 1. Willforser Str. 47 II.

Maschinenband
Friedensquell, liefern [321]
Beyner & Moll,
Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Die Verbandsausstellung in Braun-
schweig, vom 1. bis 15. September.
Das Verbandsmonument
von der Intern. Buchdrucker-Vereinigung Leipzig 1914.
Preis 2.000 Mk. (Papier, Holz) 35 Mk. (einzelne
Teile) 5 Mk. (einzelne) 1,50 Mk. (einzelne) 0,50 Mk.

Graphische Fachklassen
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung.
Ausbildung durch die
Kunstgewerbeschule **Barmen.**

Wie soll ich zurichten?
Ein Leitfaden z. Aufbau der Zurichtung
in allen Druckarten auf Schnellpresse u.
Tiegel, 112 S., 22 Abb., 20 Kal. a. A., 100
Bilder, geb. postfrei 2,15 Mk.; ferner
Der Buchdrucker am „N. V.“
Ein Ratgeber z. Einleitung des Unter-
schiff-Bogenzylinder auf alle Papierarten;
93 S., Dinau, 55 Bld., geb. 1,55 Mk., post-
frei geg. Vereinst. ab. Nachn. v. Ver-
M. Raub, Schulgass. Annenstraße 20.

**Liedertafel „Gutenberg“
von 1877, Hamburg-Altona.**
Sonntag, den 31. August! [333]
Herrenorgelfour
Gabelstiel — Strupunder See — Eber-
bach — Burgwedder — Schellen. Altmärkisch
von Gabelstiel, Endstation der Straßen-
bahn (S und 39), morgens 8 1/2 Uhr.
Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

Gebrauchte Fachlehrbücher
noch gut erhalten, kauft jedersell Graph.
Verlag S. Giesl, München 9, Stolm-
busstraße 1.

Am 11. August farb an einem
Leiden, das er sich im Freize zu-
gezogen hatte, unser Mitbürger
und langjähriges Vorstandsmit-
glied, der Maschinenföher
Franz Jordan
im Alter von 43 Jahren. Seine
Tätigkeit im Interesse der Kol-
legenchaft sichert ihm ein ehren-
volles Andenken. [341]
Vereinigung der Maschinen-
föher für den Gau Frankfurt-
Sachsen.

Am 14. August verfiel nach
kurzer Krankheit unser lieber
Kollege, der Geher [348]
Karl Bleische

aus Ribbenau im Alter von
44 Jahren.
Seine Tätigkeit als Vor-
sitzender während des Krieges
und sein ehrenvoller, kollegialer
Charakter sichert ihm unter uns
ein bleibendes, ehrenvolles und
dankebares Andenken!
Druckverein
Ribben-Albena-Staßau.

Gänzlich unerwartet, infolge
Sergschlags, verfiel am Mit-
woch, 13. August, unser lieber
Kollege, der Korrektor [445]
Martin Bauer
im Alter von 53 Jahren. Sein
still, biederer Charakter hat
ihm allseitige Achtung erworben.
Ehre seinem Andenken!
Druckverein Regensburg.

Am 10. August farb unser
lieber Kollege, der Geher
Wilhelm Fiedler
aus Sommerfeld (Frankfurt a. O.)
im 43. Lebensjahre. [346]
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm
Der Buchdruckerverein
in Hamburg-Altona.

Am 6. August verfiel unser
lieber Kollege, der Geher [346]
Otto Schulze
aus Wolmirstedt, im Alter von
53 Jahren an einem Krebs-
leiden, und am 10. August unser
lieber Kollege, der Geher
Wilhelm Didecke
aus Warby a. d. Eibe, im Alter
von 49 Jahren, an Lungen-
tuberkulose.

Auf der Heimreise aus fran-
kösischer Gelangenchaft verfiel
in einem Lazarett in Sasset unser
lieber Kollege, der Geher
Otto Boffert
aus Magdeburg, im Alter von
33 Jahren.
Ein ehrendes Andenken be-
wahrt ihm
Der Druckverein Magdeburg.

Azetylen-Heizanlagen
für Setzmaschinen usw. als Ersatz für
Steinkohlengas liefert und richtet ein
Autogen Schweißwerk Erfurt
Karl Schirmeyer.
332]

Tüchtiger Galvanoplastiker
a) sucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen erheben an
Wilhelm Wirth, Spezialfabrik für Galvanos und Stereotypen,
Dresden-21., Semmlinstraße 20/22. [339]

**Tüchtiger
Maschinenföher**
(Maschine und Maschinen) für Typograph,
möglichst A- und B-Maschine, zum so-
fordrigen oder baldigen Eintritt gesucht.
„Mittelmeier Zeitung“, G. m. b. H.,
Mittelmeier (Zürich).

Tüchtiger Fachmann
sucht Stellung als Geschäftsföher,
Redakteur oder Föher in mittlerer
Druckerei Württembergs. Offerten unter
K. M. 347 an die Geschäftsstelle d. Bl.